© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Das Flüchtlingslager Bergheim 1944 bis 1965

1. Teil

Von Johann März

1945 standen einer österreichischen Bevölkerung von rund sechs Millionen Menschen 1,650.000 (27,5%) Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler und „Displaced Persons" (DP's) gegenüber. Von diesen 1,650.000 Ausländern waren rund 1 Million Fremdsprachige und 650.000 Deutschsprachige. Im April desselben Jahres befanden sich annähernd 300.000 Volksdeutsche auf dem Staatsgebiet Österreichs, bis 1947 sollten weitere 200.000 dazu kommen.[1]

Als „Displaced Persons" – später ersetzt durch den Begriff „fremdsprachige Personen" - *verstanden die westlichen Alliierten das Millionenheer der bei Kriegsende in Deutschland und Österreich lebenden Fremdarbeiter, KZ-Insassen und Kriegsgefangenen. Die Sowjets machten diesen Unterschied allerdings nicht.*[2] Die oben erwähnten Volksdeutschen kamen zum überwiegenden Teil aus dem Südosten Europas: aus Ungarn, Rumänien und vor allem Jugoslawien. Sie waren entweder geflüchtet, vertrieben oder auf Grund der Potsdamer Beschlüsse ausgewiesen worden, wobei diese Beschlüsse aber nur von Ungarn unterzeichnet wurden.[3]

Rumänien und insbesondere Jugoslawien hatten für ihre deutsche Bevölkerung eine andere Art der Lösung gewählt. Dem Einfallsreichtum hinsichtlich der Erfindung neuer Bezeichnungen und damit Kategorisierung für Volksdeutsche und Fremdsprachige durch amerikanische und österreichische Behörden waren keine Grenzen gesetzt. Die Auslegungen, wer nun welchem Personenkreis zuzuordnen war, änderten sich, waren oft widersprüchlich und führten zu Rückfragen um Klarstellung. Die Landesstelle für Umsiedlung in Salzburg beantwortete eine entsprechende Anfrage der Lagerleitung „Bürgerau" in Saalfelden im Jahr 1948 so:

DP's: sind alle Nichtösterreicher, mit Ausnahme der Südtiroler und Canaltaler, die zwischen 1.9.1939 und 31.10.1945 in die amerikanische Zone Österreichs zugezogen sind. Die DP'sunterscheiden sich in Ex-Enemy und United DP's. Ex-Enemys: sind Deutsche, Japaner, Ungarn, Bulgaren, Rumänen und Siamesen.Alle übrigen Personen gelten als Ausländer.[4]

Mehr als ein Jahr vorher galt noch anderes: *Volksdeutsche aus Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien können nicht nach Deutschland repatriiert werden, scheiden damit aus der Zahl der „versetzten" Personenaus und sind ausschließlich nach den österreichischen Verwaltungs- und Polizeivorschriften zu behandeln. Diese Personen werden schlichtweg als Ausländer bezeichnet.*[5]

Der genannte Personenkreis sollte zudem nach Vorstellung des Innenministeriums in Österreich angesiedelt werden. Als Ausländer waren die Betroffenen jedoch auf eine Aufenthaltsgenehmigung angewiesen. Die Unterscheidung bzw. Zuordnung zu den Personengruppen war aber von großer Bedeutung. Einerseits

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

für die Betroffenen selbst, denn im Gegensatz zu den DP's waren die Volksdeutschen von Unterstützungsleistungen größeren Ausmaßes durch die beiden großen Flüchtlingsorganisationen UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) und IRO (International Refugee Organization) ausgeschlossen. Andererseits aber auch für die österreichischen Sicherheitsbehörden in der amerikanischen Besatzungszone denn *DP's in der US-Besatzungszone stehen unter Schutz und Fürsorge der US-Militärregierung.*[6]

Mit „Schutz und Fürsorge" der Amerikaner für DP's wurde die Bergheimer Gendarmerie bereits im Juni 1946 konfrontiert, die zwei „Ausländer" beim Schwarzhandel mit Vieh ertappte. Vieh und Wagen der Schwarzhändler konnten zwar beschlagnahmt werden, aber *infolge der damaligen Rechtsprechung musste ihnen alles wieder freigegeben werden und der Schwarz- und Schleichhandel ging wieder weiter. Die Ausländer, die zu den sogenannten DP's gehörten, standen unter dem Schutz der Mil. Reg.*[7]

Zum Aspekt der Sicherheit gesellte sich auch noch der Unmut der einheimischen Bevölkerung über die bevorzugte Behandlung der in Lagern untergebrachten DP's. Dazu meldete sich am 6. 12. 1946 der Abgeordnete Edmund Aigner (SPÖ) im Parlament zu Wort: *In Salzburg hat sich in letzter Zeit folgendes abgespielt: In einem im Lande Salzburg befindlichen Lager haben es die dort untergebrachten Ausländer abgelehnt, aus Magermilch hergestellten Topfen anzunehmen, und verlangt, dafür vollwertige Butter zu bekommen* (Rufe: hört, hört).[8] Und der Abgeordnete Hermann Rainer (ÖVP) setzte nach: *Es wird von unseren Frauen und Müttern in Salzburg absolut nicht verstanden, dass tausende, ja zehntausende Liter Vollmilch an die Ausländer abgegeben werden müssen, während sich unsere Frauen, Mütter und Kinder mit einem Achtelliter Magermilch begnügen müssen.*[9]

Aber ob Volksdeutsche oder DP's – dem Österreich der Nachkriegszeit wurde eine gigantische Last in wirtschaftlicher, sozialer, sicherheitspolitischer und finanzieller Hinsicht aufgebürdet. Und das zu einer Zeit, wo auch die einheimische Bevölkerung vor dem Nichts stand. Ein Auszug aus einem Brief, adressiert an einen Insassen im „Flüchtlingslager Hotel Europe in Salzburg" verdeutlicht die damalige Situation. Die Briefschreiberin rät zur Auswanderung *...es ist bestimmt das beste. Denn in Österreich hat ja nicht einmal ein Österreicher eine Zukunft. Und will er nicht zugrunde gehen, so muss er eben fort. Das sehen Sie bei mir!*[10]

Untergebracht waren die Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und DP's in Holzbaracken, oder wenn sie Glück hatten in Kasernen, auf Bauernhöfen, in Stadthäusern, Schulen, Gaststätten oder in leer stehenden Fabrikhallen.[11] Österreich war verpflichtet, für die Kosten der Lager aufzukommen, was naturgemäß zu ebenso heftigen politischen Auseinandersetzungen führte, wie auch die Zustände in den Lagern selbst und das Verhalten von deren Bewohner, wobei – unabsichtlich, manchmal auch wissentlich – keine Unterscheidung zwischen den Personengruppen getroffen wurde. Gerade dieses Jahre andauernde Nichtunterscheiden können oder wollen zwischen Volksdeutschen und DP's war es, die einen Betroffenen viele, viele Jahre später – nun aber bereits österreichischer Staatsbürger – zu einer verbitterten Feststellung veranlasste. Grund dafür war eine durchaus kritische

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Stellungnahme des belgischen Finanzfachmannes Gilbert Jäger zur Integrationspolitik der österreichischen Regierung, die Volksdeutschen betreffend, nämlich dass *jede weitere ‚Verschleppung' der Integration die Gefahr der Heranbildung extremistischer Bewegungen und Vereinigungen in sich berge.*[12]

Diese entfernte Unterstellung mag vielleicht für andere Belegschaften (es sind DP-Lager gemeint: Anm. d. A.) *gelten, aber nicht für solche, die wir hier* (im Lager Bergheim; Anm. d. A.) *hatten. Diese Unterstellungen zeugen nur von Unkenntnis der unterschiedlichen Mentalität von Menschen. Es wäre schon damals* (ab Kriegsende; Anm. d. A.) *besser gewesen, nicht alles* (Volksdeutsche und DP's; Anm. d. A.) *in einen Topf zu werfen.*[13] (Um hier in weiterer Folge eine klare Trennung zu schaffen, bezieht sich der Begriff „DP's"– soweit es sich um Darstellungen des Autors handelt – ausschließlich auf fremdsprachige Personen). Wie sehr das Staatsbudget Österreichs belastet wurde, kann an folgenden Zahlen ermessen werden, denn allein für die volksdeutschen Lager betrug der finanzielle Gesamtaufwand[14]

im Jahr 1946	S	28,589.966,--
im Jahr 1947	S	41,728.290,--
im Jahr 1948	S	52,543,195,--
im Jahr 1949	S	50,245.994,--

Bei diesen Beträgen handelt es sich allerdings um reine Aufwendungen. Rückflüsse in Form von Miete, Steuern und Abgaben sind nicht berücksichtigt, bzw. fehlt eine dementsprechende Darstellung. Die Landesstelle für Umsiedlung in Salzburg bezifferte den Aufwand *für die Erhaltung der im Land bestehenden 26 DP's und Ausländerlager im Zeitraum 12.12.1946 – 5.11.1948 mit öS 2,021.818,--.*[15]

Zur Vorgeschichte

In den Jahren 1939 bis 1940 errichtete der Deutsche Reichsarbeitsdienst (RAD) auf einem der Dekanatspfarrkirche Bergheim gehörenden Areal (heute Kirchfeld im Bergheimer Ortsteil Hagenau) ein Arbeitslager, wobei sich die Platzbeschaffung des RAD als besonders schwierig gestaltete *...und konnte schließlich durch Abtretung eines Feldes von der Pfarrpfründe Bergheim zur Durchführung kommen. Die Verpflichtung zur Wiederinstandsetzung nach Abgang des RAD geht durch dieEingemeindung dieses Gebietsteiles automatisch an die Stadtgemeinde Salzburg über.*[16]

Das Lager, ursprünglich bestehend aus 12 Holzbaracken, Appellplatz, Sportplatz, zwei Bunkeranlagen und Löschteich wurde in drei Ebenen Richtung Plainberg angelegt, wobei die zweite und dritte Ebene über betonierte, etwa sechs Meter breite Stufenaufgänge erreichbar waren. Eine Straße verlief ringförmig durch das Lager. Rotdornsträucher sollten der Verschönerung dienen, Pappelbäume begrenzten teilweise Lagerbereich und Appellplatz. Die Pappelbäume in Nähe des Appellplatzes waren mit grün gestrichenen Tischen und Bänken umgeben, das Blumenbeet vor der Wachbaracke bei der Lagereinfahrt mit Klinkerziegeln umgrenzt. Das Lager erhielt die Bezeichnung „Abt. 3/334" und wurde am 5. Feber

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

1941 durch ein Vorauskommando aus Dresden belegt.[17] (Dass das RAD-Lager ausgerechnet im Bergheimer Ortsteil Hagenau errichtet wurde, dürfte auch im Zusammenhang mit der im Bau befindlichen Reichsautobahn Salzburg – Wien zu sehen sein).

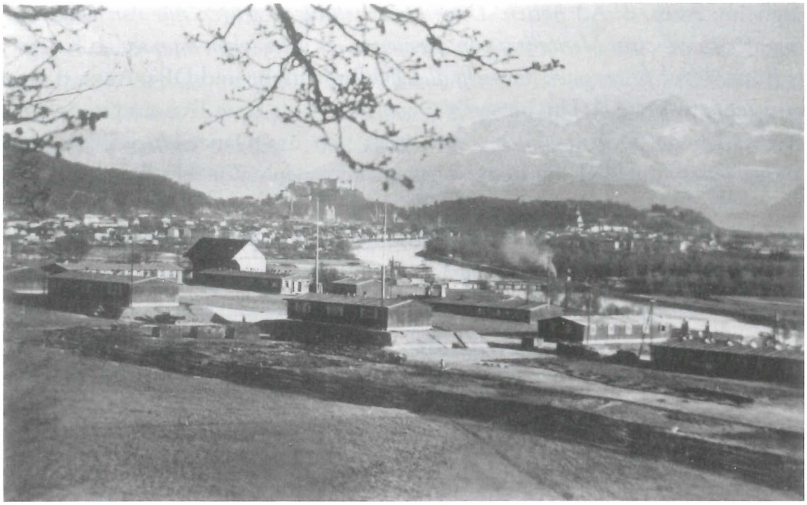


Abb. 1: Blick von Nordwesten auf das RAD-Lager Bergheim 1940.
(Foto: E. Reißner, Privatbesitz J. März)

Abb. 2: Blick auf einen Teil der Siedlung Kirchfeld, fotografiert 2008 von etwa demselben Standort wie 1940. (Privatbesitz J.März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 3: Belegung des Lagers durch das Vorauskommando. Anstelle des Heustadels im Hintergrund wurde später die Liegenschaft Kirchfeld 6 errichtet. (Foto: E. Reißner, Privatbesitz J. März)

Abb. 4: Die heutige Siedlung Kirchfeld, von 1939 bis 1945 Standort des RAD-Lagers 3/334 und von September 1947 bis 1965 Standort des Flüchtlingslagers Bergheim. (Quelle: GAB)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Aus dem Bericht des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht vom September 1944, betreffend die Rückführung von Volksdeutschen aus dem Südostraum: *Der Führer hat mit Rücksicht auf augenblickliche Lage Hereinnahme von 215.000 Volksdeutschen aus dem Südostraum (Siebenbürgen, Batschka, Banat) ins Reich genehmigt. Aufnahmegebiete nach Mitteilung Innenministerium: Ober- und Niederösterreich, Salzburg, Bayreuth, Oberbayern und Sachsen.*[18]

Aus der Schulchronik der Volksschule Bergheim: *Am 9. Nov. 1944 abends wurden die Schulräume durch die NSV für Flüchtlinge beschlagnahmt. Freitag, 10. Nov. wurden die Klassen u. das Lehrmittelzimmer von den Schülern unter Aufsicht u. Mithilfe der Lehrkräfte geräumt. Erst eine Woche später, um 6h abends kamen 58 Personen, meist Frauen aus der Batschka. Der Schulunterricht wurde bei 9 Bauern in Bergheim, Lengfelden und Muntigl an je 2 Tagen provisorisch weitergeführt.*[19] 37 dieser als „Deutschungarn" bezeichneten Personen wurden im RAD-Lager Bergheim einquartiert, im Jänner 1945 folgten weitere 21 Personen.[20]

An der Bayerhamerstraße in Salzburg befand sich nach Kriegsende ein mit ehemaligen deutschen Wehrmachtsangehörigen belegtes Lager. Die etwa 250 Insassen, Volksdeutsche aus Südosteuropa, sollten nach Bergheim, in das nun von der amerikanischen Militärbehörde übernommene Lager, verlegt werden. Da in Bergheim nicht genügend Unterkünfte bereitstanden, wurden auf Anordnung des zuständigen amerikanischen Offiziers einige Baracken abgebaut, auf Lastkraftwägen verladen, nach Bergheim transportiert und dort aufgestellt. Dadurch war aber eine Einhaltung der feuerpolizeilichen Vorschriften, die einen Abstand in der Längsrichtung von wenigstens zehn Meter und in der Querrichtung von wenigstens 20 Meter vorsahen, nicht mehr gegeben.[21]

Aus den in Bergheim Untergebrachten rekrutierten die Amerikaner ein Arbeitskommando und Teile dieses Kommandos wurden für die Errichtung einer weiteren Zufahrtsstraße Richtung Salzburg abgestellt. Um die Steigung zu entschärfen, musste das Gelände in einer Länge von ca. 100 Meter und einer Höhe von einem bis zwei Meter abgetragen werden.[22] (Die Straße existierte bis zur Verbauung des Grundstückes 122/1, jetzt Kirchfeld 4. Spuren davon sind noch erkennbar).

Die bei amerikanischen Stellen in der Stadt Salzburg Beschäftigten wurden mit Lastkraftwägen zu ihrer Arbeitsstätte und am Abend wieder zurück nach Bergheim gebracht. Ein Zeitzeuge über die Tätigkeit bei den Amerikanern: *Die Amerikaner verlangten die Abgabe des Soldbuches. Keiner gab es gern her. Aber was sollte man machen, schließlich war man ja auf die Arbeit angewiesen.*[23] Völlig überraschend wurde das Arbeitskommando im August 1946 ohne Angabe von Gründen aufgelöst. Ende Dezember desselben Jahres erfolgte die Entlassung, diesmal aber mit Angabe des Entlassungsgrundes. Das Entlassungspapier enthielt neben dem Hinweis auf *die in jeder Hinsicht zufrieden stellende Arbeit* unter Punkt 3 auch den Vermerk *dass die Entlassung auf Grund der Zugehörigkeit zur Waffen-SS erfolgte.*[24] Einquartiert wurden nun serbische Offiziere der früheren jugoslawischen Armee, die ursprünglich in einem deutschen Kriegsgefangenenlager in St. Johann im Pongau

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

untergebracht waren. Im Sommer 1947 wurde wieder deren Rücktransport nach St.Johann, jetzt aber in ein DP-Lager, verfügt.

Das Bundesland Salzburg war in den Jahren nach 1945 bevorzugtes Ziel von deutschsprachigen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen aus dem Südosten Europas. Es war amerikanische Besatzungszone und die deutsche Westzone, das Ziel vieler Volksdeutscher, lag in erreichbarer Nachbarschaft; zudem war gegenüber dem Salzburger Hauptbahnhof, im durch einen Bombentreffer schwer beschädigten Grand Hotel de l'Europe, die „Zentralberatungsstelle für Volksdeutsche" untergebracht.[25] Dazu kam noch die Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse in Salzburg als in den übrigen Besatzungszonen Österreichs und auch die Hoffnung auf eine frühere Repatriierung in ihre Heimatländer oder in die deutsche Westzone.

Über den Zuzug der Volksdeutschen nach Salzburg berichtete die Landesstelle für Umsiedlung: *Sie* (die Volksdeutschen, Anm. d. A.) *sind der Annahme, dass sie in der amerikanischen Besatzungszone einen wirksameren Schutz finden. Außerdem sind viele Ausländer der Meinung, dass es nicht schwer wäre von Salzburg über die Grenze nach Deutschland zu gelangen.*[26] Die Landesstelle für Umsiedlung meldete dem Innenministerium am 14. 2. 1947 die Zahl von 56.070 Nichtösterreichern, die im Bundesland Salzburg untergebracht waren, darunter

Reichsdeutsche	5.320
Volksdeutsche in Lagern	3.887
.....außerhalb von Lagern	17.483
Sonstige Ausländer in Lagern	21.120
.....außerhalb von Lagern	8.260
Gesamt	56.070

wobei aber das Innenministerium keine Bekanntgabe dieser Ziffern an Wirtschaft oder Politik wünschte.[27]

Wegen des enormen Zuzugs von Donauschwaben aus Jugoslawien sah sich die Salzburger Landesregierung im April 1947 genötigt, den Leiter des Christlichen Hilfswerkes[28] in Salzburg, Anton Rumpf *dringend aufzufordern, alles zu unterlassen, was ein Zuströmen von Jugoslawien nach Salzburg auslösen könnte. Es ist unmöglich, neu zugezogene Flüchtlinge, trotz aller menschlichen Erwägungen, in Salzburg unterzubringen.* Die Landesregierung hegte zudem den Verdacht, dass Rumpf Donauschwaben aus anderen Bundesländern zum Zuzug nach Salzburg ermunterte.[29]

Monate später sah die Landesstelle für Umsiedlung im Leiter des Christlichen Hilfswerkes die einzige Möglichkeit, die Aussagen der aus Jugoslawien über verschiedenste Umwege nach Salzburg kommenden *ausweislosen Nichtösterreicher* auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Die zuständigen Mitarbeiter der Landesstelle wurden aufgefordert, sich in einer solchen Angelegenheit an den Leiter des Hilfswerkes zu wenden, denn *„Herr Rumpf, der selbst aus Jugoslawien* (aus der Batschka; Anm. d. A.) *stammt, kann auf Grund seiner genauen Kenntnisse der*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

örtlichen Verhältnisse in Jugoslawien, durch Vergleichsziehungen und entsprechende Abfragen feststellen, ob die (gemachten, Anm. d. A.) *Angaben stimmen.*[30] Bei den „ausweislosen Nichtösterreichern" handelte es sich größtenteils um Flüchtlinge aus jugoslawischen Internierungslagern. An eine Mitnahme von Dokumenten bei der Ausweisung aus ihren Häusern – ab Frühjahr 1945 – dachten die wenigsten der Mütter und alten Menschen. Viel wichtiger war ihnen warme Kleidung und Verpflegung für sich und die Kinder. Zudem wurden mitgeführte Dokumente bei der Lagereinweisung, wenn sie vom Wachpersonal entdeckt wurden, ohnehin abgenommen.

Kurz nach Kriegsende hatten auch so manche Donauschwaben aus Jugoslawien (die waren mit Flüchtlingstrecks nach Österreich gelangt, oder waren ehemalige Wehrmachtsangehörige) den Weg zum „Nationalkomitee vom Königreich Jugoslavien" in der Salzburger Riedenburgkaserne gewählt, um ein Ausweisdokument zu erhalten. *Das Ausweispapier,* versehen mit dem Foto des Antragstellers, Rundstampiglie, ausgestellt in Deutsch, Englisch und Serbokroatisch – wobei der deutsche Name schon auch mal slawisiert wurde – *wollen unsere Leute haben wegen der freien Bewegung. Dann auch wegen der Hoffnung nach Hause fahren zu können.*[31] Wie begehrt diese Ausweise waren, dokumentiert die Anzahl der ausgestellten Papiere: bis 30.Juli 1945 waren es 4.809.

Etwa 650 von den im Bundesland Salzburg sich aufhaltenden Volksdeutschen fanden in den beiden Bergheimer Lagern „Maria Sorg" und „Bergheim" eine Wohnmöglichkeit. Die Einwohnerzahl der ländlich geprägten Gemeinde Bergheim wuchs damit, praktisch über Nacht, um etwas mehr als 25 Prozent. Der Zustand der Bergheimer Unterkünfte konnte unterschiedlicher nicht sein: Ein festes, gemauertes Gebäude mit 25 von einander getrennten Wohnräumen (Maria Sorg), mehr oder minder desolate, noch aus Vorkriegszeiten stammende Holzbaracken im Lager Bergheim.

Am 22.8.1947 wurde das Lager Bergheim von der amerikanischen Militärbehörde in die Verwaltung der Landesregierung Salzburg, Amt für Umsiedlung, übergeben. Die personelle „Rückgabe" des Lagers an die Gemeinde Bergheim erfolgte am 26. 4. 1950.[32] Das Lager Maria Sorg wurde im Juli 1953 aufgelöst und die 93 verbliebenen Insassen in das Lager Maxglan eingewiesen. Die Bewohner des Lagers Bergheim hingegen wählten einen anderen Weg. Um der drohenden Umsiedlung in ein anderes Lager zu entgehen, wurde Ende 1952 der Entschluss gefasst, das Lager in Selbstverwaltung zu übernehmen.

Die Landesstelle für Umsiedlung (LfU)

26 Lager in Stadt und Land Salzburg, belegt mit DP's und Ausländern, unterstanden der Zuständigkeit der Landesstelle für Umsiedlung (LfU), wobei sich bei manchem dieser Lager die Zuständigkeit auf rein administrative Tätigkeiten beschränken musste. Vier Referate waren für Verwaltung, Aufenthaltserlaubnis, Repatriierung und Lagerangelegenheiten zuständig; 32 Angestellte im Verwaltungsbereich und 183 Personen im Lagerbereich (Lagerleiter, Verwaltungspersonal,

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Wachen und Hilfskräfte) beschäftigt.[33] Mit Stichtag 1. 11. 1947 nennt die LfU 56.101 Ausländer, die sich im Land Salzburg aufhielten. Die fast identische Anzahl zur Meldung vom Feber, erklärt die LfU mit der bereits erfolgten Repatriierung von 36.000 Personen und dem Zuzug von Volksdeutschen im selben Ausmaß. Die repatriierten Personen waren ausschließlich Fremdsprachige. Die LfU beantwortete das Ansuchen eines Volksdeutschen um Rückführung nach Deutschland so: *In Bezug auf Ihr Schreiben vom 24.7.1947 wird mitgeteilt, dass Sie am Repatriierungstransport nach Deutschland nicht teilnehmen können. Volksdeutsche unterliegen zur Zeit nicht der Repatriierung. Es wird empfohlen, in Ihrem Quartier und an Ihrem Arbeitsplatz zu bleiben.*[34]

Aufenthaltserlaubnisse wurden vom Referat II generell nur für einen kurzen Zeitraum ausgestellt und als Druckmittel eingesetzt. *Die Erfahrung hat gelehrt, dass nur durch kurzfristige Aufenthaltserlaubnis und die ständige Gefahr ihrer Entziehung – mit der auch zugleich Schwierigkeiten im Lebensmittelkartenbezug verbunden sind – die arbeitsunwilligen Ausländer zur Arbeit angespornt werden können.*[35] Das „Druckmittel der Nichtverlängerung" richtete sich aber nur gegen Volksdeutsche, denn schon im September 1947 hatte das Innenministerium fernschriftlich darauf hingewiesen, *dass lt. Anordnung des USFA-Hauptquartiers hinsichtlich Aufenthaltserlaubnis DP's bevorzugt zu behandeln sind.*[36]

Das Verhältnis der Bewohner des Bergheimer Lagers zur Landesstelle für Umsiedlung und deren Leiter Dr. Walter Finger war und blieb angespannt. Die Umsiedlungsstelle hielt sich für berechtigt, in alle Belange des täglichen Lebens der Lagerbewohner eingreifen zu dürfen. Die Lagerbewohner wiederum fühlten sich durch diese Vorgangsweise einer permanenten Überwachung, Kontrolle, Bevormundung und Willkür ausgesetzt, versuchten aber auch, sich dagegen zur Wehr zu setzen. So beschwerten sie sich bereits im September 1947 über die Lagerleitung sowie den Zustand der Baracken und im Dezember richteten die beiden Lagerfriseure ein Protestschreiben an die LfU, in welchem sie sich auch über den Umgangston des Lagerleiters beklagten. Die Lagerleitung hatte nämlich die Räumung ihres „Geschäftslokales" in der Baracke 4 mit gleichzeitiger Übersiedlung desselben in die Baracke 2 angeordnet. Auf den Hinweis über die bereits getätigten Adaptierungen in der Baracke 4, den viel zu kleinen Raum in der neu zugewiesenen Baracke und die neuerlich anfallenden Kosten erklärte der Lagerleiter: *Wenn Ihnen diese Verfügung nicht genehm ist, bleibt es Ihnen* überlassen das Geschäft zuzusperren bzw. aufzulassen. Und weiter, zu einem der Friseure: *Übrigens werde ich Ihnen zeigen, dass Sie bis morgen früh draußen aus dem Lager sind.*[37]

Dr. Finger selbst pflegte bei seinen Amtshandlungen wenig Unterschied zwischen Lagerbewohnern und Lagerleitern zu machen, was sich auch in einer entsprechenden Fluktuation der Leiter niederschlug. So wurden zum Beispiel allein im Lager Bergheim in der Zeit von Herbst 1947 bis Sommer 1952 neun Lagerleiter „verschlissen" Nicht bekannt ist, ob es sich dabei um Unfähigkeit, Verfehlungen, eine befürchtete oder tatsächliche Fraternisierung mit den Lagerbewohnern gehandelt hat. Sachlich und fundiert vorgebrachten Wünschen

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

und Beschwerden, von welcher Seite auch immer, versuchte Dr. Finger objektiv gegenüber zu stehen, legte jedoch großen Wert auf Kontrollmechanismen, entsprechende Umgangsformen in Angelegenheiten mit seinem Amt und trachtete vor allem danach, die Aufwendungen für die Lager möglichst niedrig zu halten.

Im Feber 1948 etwa beanstandete er die vorgelegte Sammelliste der Bergheimer Lagerleitung für Milchfahrten und verlangte Aufklärung, da 51 Fahrkarten vorgelegt, in der Sammelliste aber nur 11 Tage, also 22 Fahrten für die Besorgung von 323 Liter Milch, ausgewiesen wurden. Die Stellungnahme der Lagerleitung fiel nicht gerade unterwürfig aus: *Schon die Logik sagt, dass man keinem Menschen zutrauen kann, jeweils zwei Milchkannen zu Fuß vom Milchhof Salzburg nach Bergheim zu schleppen. Das Lager Bergheim sieht sich gezwungen, bei weiteren Reklamationen seitens der Landesstelle für Umsiedlung, die Heranführung und Besorgung von Milch, Fleisch und Käse der Landesstelle zu übertragen.* Der Lagerleiter wurde gemaßregelt und dann entlassen, *weil sein Bericht den* üblichen *Amtsstil vollkommen vermissen lässt* und außerdem hätten die Angestellten der Lagerverwaltung *in erster Linie die Interessen des österreichischen Staates zu wahren und erst dann und da nicht ausschließlich, sich als Anwälte der Lagerinsassen (wofür die Lagerkomitees vorhanden sind) aufzuspielen. Es ergeht in Wahrung des Amtsansehens folgende Verfügung: Lagerleiter Horst Staffen wird wegen Widersetzlichkeit gegen h.a. Anordnungen und wegen Unfähigkeit, im schriftlichen Amtsverkehr die Anstandspflicht gegenüber der vorgesetzten Dienststelle zu wahren, mit 30. 4. 1948 gekündigt.*[38] Die Einsicht des Lagerleiters folgte rasch, die Kündigung wurde wieder rückgängig gemacht, denn *der Genannte ist nicht nur einer der besten Lagerleiter, sondern auch, weil in der Fassung der Dienstberichte eine nennenswerte Besserung und Angleichung an den üblichen Geschäftsstil erfolgt ist.*[39]

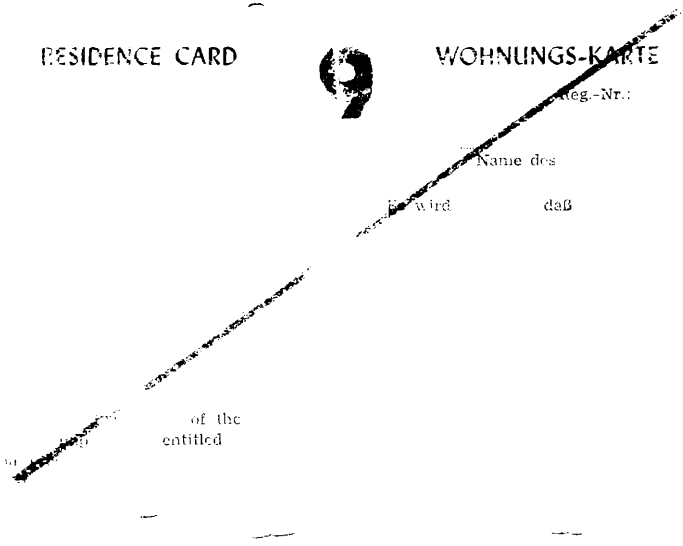
Dr. Fingers Kontrollwut bekamen auch Bergheimer Lagerinsassen zu spüren. Als im April 1948 ein Bewohner den Antrag um Zuzugsgenehmigung von Schwiegereltern, Schwager und dessen Braut stellte, wurde dem Antrag zwar vorerst entsprochen, dann aber verlangte Dr. Finger eine Überprüfung der gemachten Angaben durch die Zentralberatungsstelle für Volksdeutsche *weil der begründete Verdacht besteht, dass die Genannten unwahre Angaben gemacht haben.* (Die Gruppe gab an, illegal aus Deutschland eingereist und vorher in einem jugoslawischen Lager interniert gewesen zu sein.) Tatsächlich waren die Angaben unrichtig und der Antragsteller musste nicht nur einige Fürsprecher aufbieten, sondern auch ein fast schon devotes Schreiben an die LfU richten, um dann doch noch die Zuzugsgenehmigung für seine Angehörigen zu erhalten. Im letzten Absatz seines Schreibens bedauerte er sehr, Dr. Finger *und andere Herren da in ein kleines Irrlicht geführt zu haben. Es war mir peinlich, sehr peinlich. Als Psychologe dürften Sie es auch bemerkt haben.*[40] Aber auch der Leiter der Umsiedlungsstelle hatte „andere Herren in ein kleines Irrlicht" geführt. Über vier Jahre sollten vergehen, bis er sich seiner Vergangenheit stellte und das Geheimnis ein Stückchen lüftete (dazu später mehr).

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Einweisung der Lagerbewohner

Gegen Ende August 1947 sollten *DP's aus dem einsturzgefährdeten Lager Hotel Europe in das Lager eingewiesen werden.*[41] Etwas später wurde anders entschieden. *Nach einer Entscheidung des Leiters der Landesstelle für Umsiedlung soll dieses Lager* (Bergheim, Anm. d. A.) *mit den im Durchgangslager Hotel Europe zur Zeit ständig wohnhaft registrierten Insassen (Volksdeutschen) belegt werden.*[42] *Nach Vorstellung der LfU sollte das Lager Bergheim raschest möglich wiederbelegt werden, um eine Entlastung des Durchgangslagers Hotel Europe zu erreichen, bzw. dieses Lager seinem ursprünglichen Zweck als Durchgangslager wieder zuzuführen.*[43] Zum Zeitpunkt der Lagerbesichtigung hatten bereits etwa 100 Personen in den Baracken Quartier bezogen, *bis Ende des Monats* (September; Anm. d. A.) *ist mit einem Lagerstand von 200 Personen zu rechnen.*[44] Diese Annahme war viel zu gering angesetzt, denn die Belegungsstärke belief sich bereits Anfang Oktober auf 330 Personen und sollte bis zum Herbst 1948 auf über 460 anwachsen.

In das Lager Bergheim kamen aber nicht nur als „ständig wohnhaft Registrierte", sondern auch solche, die sich nur nach Verwandten, Freunden oder Bekannten erkundigen wollten. Doch selbst wenn sie Glück hatten und jemanden aus dem erwähnten Personenkreis antrafen, war ihnen der Aufenthalt im Lager, mangels fehlendem Quartier-Zuweisungsschein, verwehrt. Als zum Beispiel ein Lagerinsasse ein Ansuchen um einen der begehrten Scheine für seine Schwester, deren Tochter und Schwägerin, (die alle nicht im Durchgangslager untergebracht waren) stellte, wurde sein Ansuchen abgelehnt, *da für jeglichen anderen Zuzug nach wie vor Lagersperre herrsche.*[45]


RESIDENCE CARD

WOHNUNGS-KARTE

Reg.-Nr.:

Name des

wird daß

of the

entitled

Abb. 5: Aufenthaltskarte für das Durchgangslager „Hotel Europe" (Privatbesitz J. März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Ausweisung von drei Personen – zwei Männer und einer Frau – aus dem Lager Bergheim durch die LfU, wegen „Einmietung", also ohne Einweisungsschein, veranlassten den donauschwäbischen Flüchtlingsseelsorger[46] Prof. Pater Stefan zu einem Protestschreiben. Es war geradezu ein Aufschrei der Empörung: *Dieses Vorgehen verstößt gegen Naturrecht. Wir staunen nur, dass die Leute so geduldig sind. Österreich ist verpflichtet, sich der Volksdeutschen anzunehmen, denn es trägt, wie Deutschland, die Schuld an diesen Verhältnissen; wir sind die letzten, die Schuld haben am Kriege.*[47]

Laut Anordnung sollten nur deutschsprachige Personen aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn aufgenommen werden, nicht aber solche aus westlichen Ländern. Aber viele der Eingewiesenen hatten Familienangehörige, die sich schon in der deutschen Westzone befanden und so kam es, dass auch Personen aus Bayern nach Bergheim zuzogen. Umgekehrt freilich, also von Österreich in die deutsche Westzone, war der Menschenstrom ein wesentlich stärkerer.

Die polizeilichen Meldescheine wurden im Lagerbüro ausgestellt, die Belegung der Baracken wurde ebenfalls durch das Lagerbüro festgelegt. Die Neuankömmlinge beteuerten bei ihrer Einweisung zwar stets mit dem zugewiesenen Platz das Auslangen zu finden, standen aber bereits einige Tage später im Lagerbüro, um mehr Wohnraum zu fordern – Forderungen, die von der Lagerleitung nicht erfüllbar waren. Andere wiederum tauchten, meist gegen Abend, ebenfalls ohne Zuweisungsschein auf, übernachteten in einem der etwas außerhalb des eigentlichen Lagergeländes gelegenen Bunker und waren am nächsten Morgen, ohne Namen oder Nachricht zu hinterlassen, wieder verschwunden.

Herkunft der Lagerbewohner

Die im Lager Bergheim untergebrachten Menschen waren zum überwiegenden Teil (fast 95 Prozent) Donauschwaben, eine seit Ende des Ersten Weltkrieges gebräuchliche Bezeichnung für Personen deutscher Abstammung aus dem Südosten Europas. Sie kamen aus Rumänien (aus dem östlichen Teil des Banats), aus Ungarn und Jugoslawien, wobei der Anteil der Donauschwaben aus letzterem Land bei weitem überwog. Beispielhaft geben die Unterkunftsverzeichnisse der „Unterkunftsstelle 4, Bergheim Oberndorferstraße", so die erste offizielle Bezeichnung des Bergheimer Lagers, für die Baracken 5 und 14 über die Zusammensetzung der Insassen Auskunft. Von den 39 Bewohnern der Baracke 5 kamen 34 aus der Batschka (Jugoslawien) und fünf aus Rumänien. Die Baracke 14 beherbergte insgesamt 35 Personen. Darunter 31 Donauschwaben aus Jugoslawien, aber auch zwei Bosniaken, einen 1926 in Amerika (Chicago) geborenen, doch aus Jugoslawien kommenden Bewohner und ein im April 1947 in Salzburg zur Welt gekommenes Mädchen, dessen Eltern aus Gajdobra/Schönau, in der Batschka, stammten.

Einerseits lag in den Gemeinsamkeiten der Bergheimer Lagerinsassen wie Sprache, Mentalität, Konfession (der überwiegende Teil war römisch-katholisch), Schicksal und Herkunft das große Plus gegenüber den DP-Lagern, andererseits

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

waren sie aber, wie schon erwähnt, als Volksdeutsche von Unterstützungsleistungen durch IRO und UNRRA, ausgeschlossen. Es gab nicht wenige Familien die sich aus ihrer früheren Heimat her kannten, sei es weil sie aus der gleichen Ortschaft oder aus Nachbargemeinden stammten. So kamen zum Beispiel allein aus der jugoslawischen Ortschaft Batschsentiwan[48] in der Vojvodina fünfzehn Familien. Aufgrund der Dominanz der aus Jugoslawien (hauptsächlich aus der Batschka und dem westlichen Teil des Banats, wenige aus Syrmien und Slawonien) stammenden Donauschwaben im Lager Bergheim ist es angebracht, auf Herkunft und Schicksal dieser Volksgruppe näher einzugehen.

Unter Maria-Theresia und Josef II. erreichte die Besiedlung Südungarns, die schon in den 20er Jahren des 18. Jahrhunderts begonnen hatte, in den Jahren 1765 bis 1787 ihren Höhepunkt.[49] Siedlungswillige aus allen Teilen des Kaiserreiches, hauptsächlich aber Deutsche, wurden als Kolonisten in die durch die Türkenkriege verwüsteten und verödeten, fast menschenleeren Landstriche Südungarns gerufen. Die kaiserlichen Werber lockten mit einem „9-Punkte-Programm", dem so genannten Ansiedlungspatent, das verlockende Privilegien enthielt, verschwiegen aber im eigensten Interesse die ungeheuren Strapazen, die auf die Neusiedler warteten. War die Anreise für die Angeworbenen mit dem als „Ulmer Schachtel" bezeichneten Schiffstyp auf der Donau von Ulm über Wien, Pressburg (Bratislava) und Budapest nach Apatin an der Donau in der Batschka noch irgendwie erträglich, wurden sie dort mit der rauen Wirklichkeit konfrontiert. Das häufig auftretende Hochwasser der beiden Hauptflüsse Donau und Theiß stellte eine permanente Bedrohung dar. Verseuchtes Wasser, die ungewohnte Hitze und Stechmücken dezimierten die Ansiedler durch Krankheit und Tod und nicht wenige kehrten dem feindseligen Land wieder den Rücken. Erst der dritten Generation war es vergönnt, Grund und Boden so zu nutzen, dass ein Überleben gesichert war. Allmählich aber entwickelte sich das vordem trostlose, verseuchte und versteppte Land zum Hauptlieferanten an Getreide und Schweinen (der Rasse Mangalica) in die Länder der Donaumonarchie und Hanf, das „weiße Gold" der Batschka,[50] wurde zu einem begehrten Exportartikel für halb Europa.

Im Friedensvertrag von Trianon (4. 6. 1920) wurden dem bereits 1918 proklamierten „SHS"-Staat[51] der größte Teil des von Donauschwaben besiedelten Gebietes zugesprochen. Die Volkszählung des Jahres 1931 führt 499.969 Menschen an die sich im Königreich Jugoslawien zur deutschen Muttersprache bekannten, davon allein mehr als 290.000 im Banat und in der Batschka.[52] Das Ausscheiden Jugoslawiens aus dem Dreimächtepakt (Deutschland, Italien und Japan) durch einen Militärputsch führte zum Balkanfeldzug (5. 4. 1941) und in weiterer Folge zur Zerschlagung Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht. Die bald darauf einsetzende Partisanenbewegung mit Überfällen der Partisanenverbände auf Truppenteile und Zivilbevölkerung wurde von der deutschen Wehrmacht mit Geiselerschießungen von Zivilisten beantwortet, führte zu einer Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten und endete schließlich in den AVNOJ-Beschlüssen.[53] Mit diesen Beschlüssen wurden die Jugoslawiendeutschen kollektiv zu Volksfein-

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

den – vorgeworfen wurde ihnen die Kollaboration mit dem Dritten Reich – erklärt. Sie verloren nicht nur ihr gesamtes bewegliches und unbewegliches Gut, es wurden ihnen auch die staatsbürgerlichen Rechte entzogen.

Zwischen Oktober 1944 und April 1945 fielen etwa 195.000 Donauschwaben in die Gewalt der jugoslawischen Partisanenbewegung. Fehlende und auch widersprüchliche Informationen der Bewohner, vor allem in der Batschka, über die immer bedrohlicher werdende Kriegslage in Rumänien und die damit immer näher rückende Front, aber auch im Vertrauen auf ihr loyales Verhältnis dem jugoslawischen Staat und ihren serbischen Nachbarn gegenüber, hatten sie bewogen, in ihren Häusern zu bleiben, statt sich den Flüchtlingstrecks anzuschließen. Basierend auf einem Abkommen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion wurden Ende 1944 deutschstämmige, arbeitsfähige Frauen im Alter zwischen 18 und 40 und Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren zur Zwangsarbeit nach Russland deportiert, die noch in den Dörfern Verbliebenen, etwa 167.000, in jugoslawischen Lagern interniert.[54] Manche dieser Lager wie Gakowa, Jarek, Kruschiwl und Rudolfsgnad sollten für viele der Internierten bald zu Todeslagern werden.

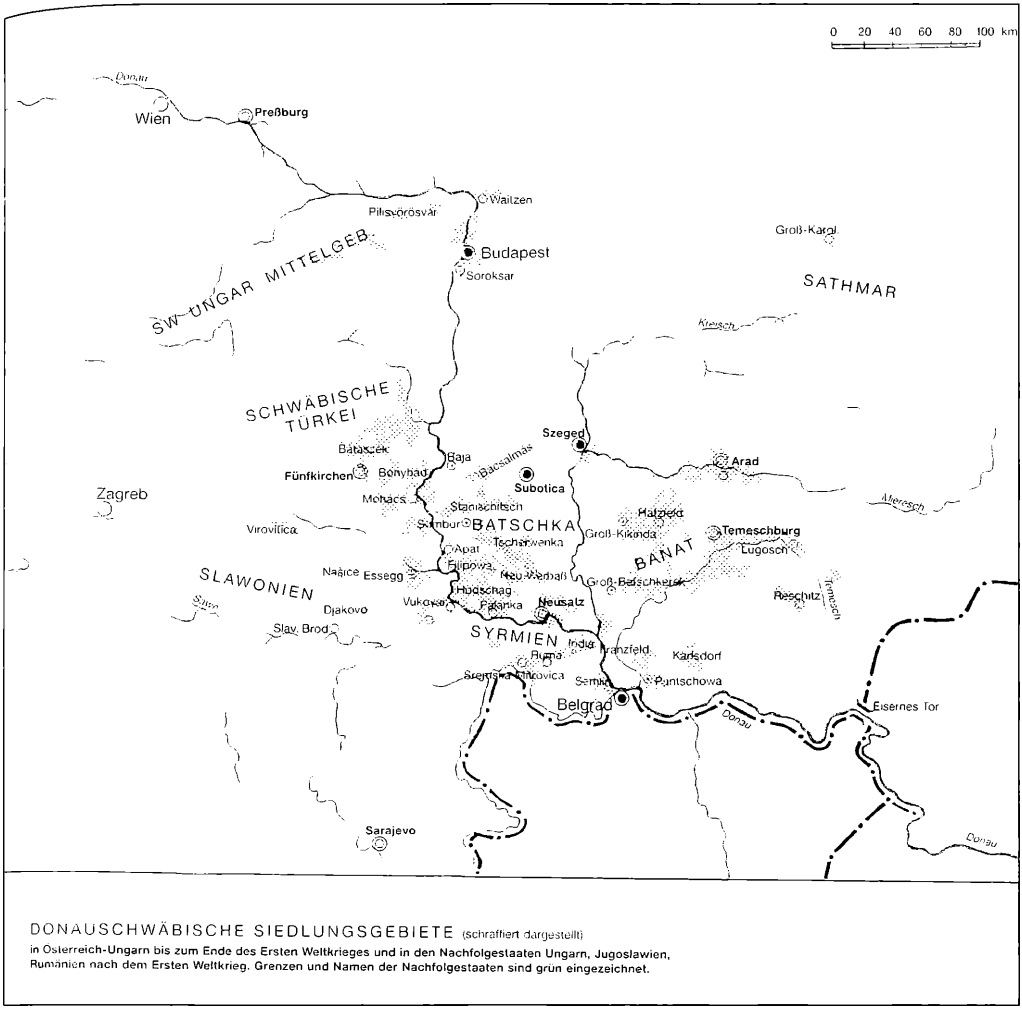
War bis Ende 1946 eine Flucht aus den Internierungslagern ein hohes Risiko, so änderte sich dieser Zustand ab Jahresbeginn 1947 grundlegend. Einzelpersonen und kleinen Gruppen gelang die Flucht ebenso wie Großgruppen, manchmal unterstützt von Fluchthelfern, manchmal aber auch mit Wissen und Tolerierung der Wachmannschaften. Auf internationalen Druck wurden die Lager 1948 aufgelöst. Edvard Kardelj, ehemaliger jugoslawischer Außenminister, rechtfertigte diese Maßnahmen gegen eine ganze Volksgruppe mit dem Hinweis, dass die *Jugoslawiendeutschen ihr grausames Schicksal als „kriminelle Minderheit" verdient hätten.*[55]

Aufbau und Verwaltung

Im Bericht der Landesstelle für Umsiedlung vom 5.September 1947 betreffend den Zustand des Lagers Bergheim ist von 22 Objekten die Rede: *Die Wohnbaracken befinden sich verhältnismäßig im guten Zustand, soweit es sich um RAD-Baracken handelt;* gleichzeitig aber klagte die LfU über gravierende Mängel bei den sechs, nachträglich von der amerikanischen Militärverwaltung errichteten Baracken: *Die in der Mitte des Lagers aufgestellten Baracken sind wegen der mangelhaften Isolierung und des stark beschädigten Zustandes für Wohnzwecke nur in der warmen Jahreszeit und nach vorheriger gründlicher Instandsetzung verwedbar. Die elektrische Leitung des Lagers ist stellenweise unterbrochen, da hier nach Abzug der Amerikaner vielfach Lichtschalter und Beleuchtungskörper abmontiert wurden.*[57] Die Baracke 6 war, wie kurze Zeit später festgestellt wurde, überhaupt *total ausgeplündert, denn es waren nur mehr vier einfache Wände und das Dach vorhanden.*[58]

Über den Zustand der Barackendächer erzählte ein früherer Lagerbewohner und Lagerangestellter dem Autor: *Im November 1947 regnete es fast ununterbrochen. Die Dächer waren schlecht, weder gab es Dachpappe noch Teer für Ausbesserungen. Mit allen möglichen Gefäßen musste das Regenwasser in den Räumen aufgefangen werden. Vor allem Klein- und Kleinstkinder litten unter diesen Verhältnissen.*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at



DONAUSCHWÄBISCHE SIEDLUNGSGEBIETE (schraffiert dargestellt)
in Österreich-Ungarn bis zum Ende des Ersten Weltkrieges und in den Nachfolgestaaten Ungarn, Jugoslawien, Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg. Grenzen und Namen der Nachfolgestaaten sind grün eingezeichnet.

Abb. 6: Donauschwäbische Siedlungsgebiete. Aus: Leidensweg der Donauschwaben im kommunistischen Jugoslawien Band 1/Seite 12. (Quelle: J. V. Senz).[56]

Dachpappe wurde zwar zugewiesen, aber kein Teer. Wie es dann aber möglich war trotz aller bürokratischen Hindernisse ein Fass Teer, praktisch über Nacht zu „organisieren", verschwieg der Erzähler. *Noch am Nachmittag wurde mit den Ausbesserungsarbeiten dort begonnen, wo es am notwendigsten war, also bei Familien mit Kleinkindern.*[59]

Auch die Wasserversorgung bereitete der Umsiedlungsstelle Kopfzerbrechen. Da weder die von den Amerikanern praktizierte Vorgangsweise (tägliche Anlieferung durch Tankwagen, Umfüllen in die Lagerzisterne mit anschließender Desinfizierung), noch die durch einen beauftragten Rutengänger aufgespürten

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Wasseradern (die Kapazität der drei Quellen wurde angezweifelt und zudem Probleme mit dem Grundeigentümer befürchtet) zufriedenstellend waren, musste die aus RAD-Zeiten stammende Wasserleitung reaktiviert werden. *Es wurden jedoch Verhandlungen aufgenommen, um die Wasserversorgung unter Ausnützung der bestehenden Wasserleitung über den Brunneneigentümer Herrn Franz Gmachl wieder aufzunehmen.* Doch bereits für den 13. und 14. September musste die Städtische Feuerwehr Salzburg gebeten werden *einen Wassertankwagen für einen dringenden Wassertransport (etwa 5 Kubikmeter) in das Lager Bergheim zur Verfügung zu stellen.*[60]

Zudem standen die Baracken auf Kirchengrund und der Dechant von Bergheim, aufgebracht darüber, weil seit 1942 der Pachtzins ausständig war *gab seiner Hoffnung darüber Ausdruck, dass das Lager bald aufgelöst und der Kirchengrund der Kirchengemeinde wieder zur Verfügung gestellt werden würde.* Von Seiten des Amtes wurde er allerdings nicht im Zweifel darüber gelassen, *dass mit einer Auflösung des Lagers Bergheim erst nach Abschluss der Umsiedlung der Volksdeutschen, das ist in etwa 2 bis 3 Jahren gerechnet werden kann. Die Landesstelle für Umsiedlung würde sich jedoch als Amt der Landesregierung dafür einsetzen, dass nunmehr die Kirchengemeinde für den verpachteten Grund entschädigt werden würde.*[61]

Erst nach dreimaliger Urgenz des Bergheimer Dechanten erfolgte eine entsprechende Anweisung des Pachtzinses durch die zuständige Dienststelle *und der kath. Pfarrpfründe Bergheim* [wurde] *für das in Bergheim zur Verfügung gestellte Grundstück im Ausmasse von 26.322m² ein Pachtzins von öS 0,04 pro m² und Jahr* zugestanden.[62] Doch die LfU beharrte auf einer Überprüfung und stellte fest, dass bereits eine Fläche von 6.720m² an private Anrainer verpachtet und die Parzelle 136 sowie eine Fläche von etwa 300m² südlich davon den Lagerbewohnern für den Gemüseanbau überlassen waren. Am 30. 7 1948 erfolgte dann endlich die gemeinsame Feststellung von Dechant und Abt. VIII der Landesregierung über die tatsächlich Fläche des Flüchtlingslagers Bergheim: es waren 15.964m² und dafür wurde für den Zeitraum vom 23. 8. 1947 bis 30. 6. 1948 ein Pachtzins von öS 673,-- überwiesen.[63]

Konnte hinsichtlich des Pachtzinses zwischen Pfarrkirche und Umsiedlungsstelle noch Einigung erzielt werden, sollte sich die gegenüber Dechant Schöndorfer geäußerte Vorstellung nach „Räumung des Lagers in zwei bis drei Jahren" hingegen als Illusion herausstellen. Nach Entfernung der am ärgsten beschädigten Baracken bestand das Lager nun aus 16 Baracken, einer Abortanlage (für 330 Personen), zwei Bunkeranlagen und einem Holzschuppen mit Flugdach. Das Flugdach diente als Unterstand für die Feldküche; der Schuppen als Kohlelager, zum Aufbewahren diverser Gerätschaften und wurde später ebenfalls als „Wohnraum" genutzt. Abhängig von der Barackengröße schwankte die Belegungszahl im Jahr 1947 zwischen acht (Baracke 2), zwanzig (Baracke 1) und 39 (Baracken 5 und 16) Bewohnern. Die unterschiedliche Belegung der Baracken erklärt sich einerseits aus der Größe der einzelnen Baracken, andererseits aber auch aus dem früheren Verwendungs- bzw. Bestimmungszweck. Baracke 2 war ursprünglich dem Wachpersonal vorbehalten, in Baracke 3, der mit 270m² weitaus größten,

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

befanden sich Küche, Magazine und Gemeinschaftsraum und in Baracke 4 Armaturenraum samt Wasserpumpe, sowie einem „Duschraum"

Der Stellenplan für Verwaltung und andere Tätigkeiten sah anfänglich 17 Personen vor, wurde dann aber wegen des höheren Belegstandes auf 18 Personen erweitert. Lagerleiter, Bürokraft, Küchenverwalter und Köchin waren österreichische Staatsbürger, alle übrigen Donauschwaben. Sechs von ihnen wurden als Lagerwache und Lagerpolizisten eingestellt, die übrigen als Koch, Lagerarbeiter, Aufräumerin, Elektriker, Schneider und Tischler beschäftigt.[64]

Die „WC's" waren Abortanlagen, wobei die Errichtung des Aborts neben dem Löschteich erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgte. Die Lagerkinder nannten den ostwärts, Richtung Stadt neben der Latrine gelegenen Hügel, auch treffend „Klohügel"

Kaum eingewiesen, gingen die Lagerinsassen bereits auf Konfrontationskurs mit der Landesstelle für Umsiedlung. In einem sieben Seiten langen Brief äußerten sie ihre Unzufriedenheit mit der Lagerleitung und baten um Einsetzung eines *fähigeren Lagerleiters.*

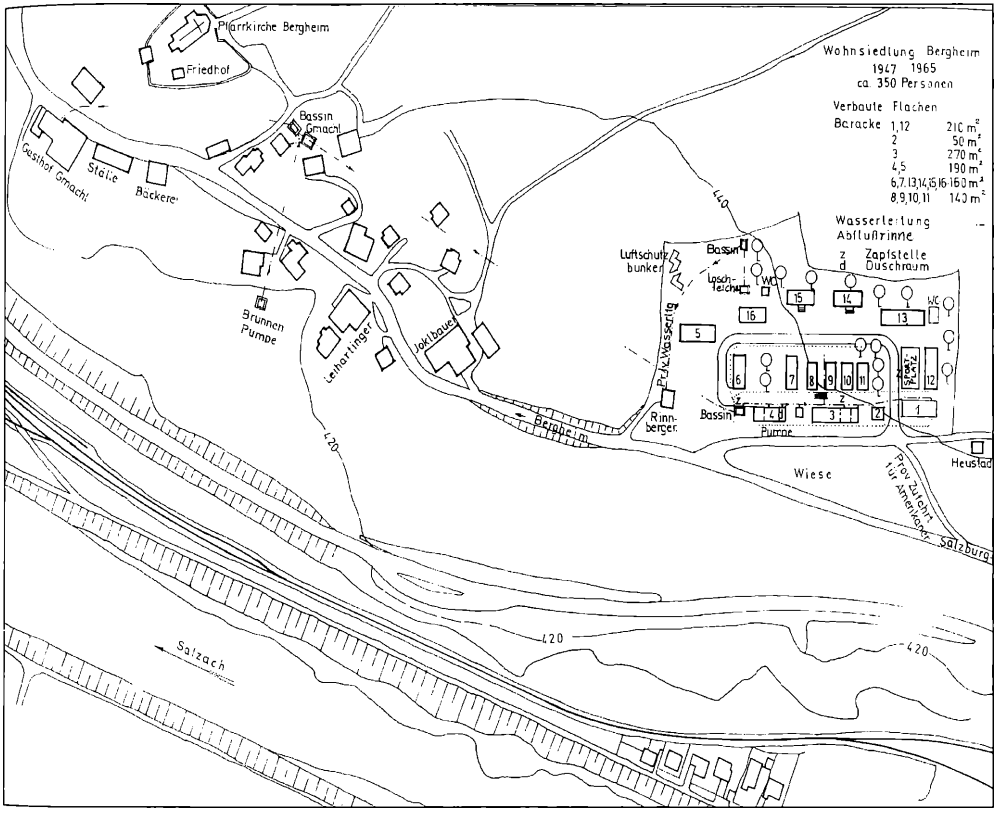


Abb. 9: Die „Wohnsiedlung Bergheim 1947 1965"
(Ausführung: Ing. Roderich Filippi/Quelle: Peter März. Privatbesitz J. März).

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Verärgert über die nur zögerliche Zuteilung von Brennmaterial für die Selbstversorger – *die Frauen müssen in denWald gehen und abgebrochenes Holz sammeln, damit sie kochen können* , – sowie Decken und Seife – *es kommt zu einer Vernachlässigung der Kinder, weil keine Seife vorhanden ist,* – die mangelhafte Güte des Trinkwassers infolge Verschmutzung der Zisterne *durch Schlamm, verrostete Büchsen, Ölbehälter und Patronen,* drohten sie mit Anrufung der amerikanischen Militärbehörde. Gleichzeitig machten sie sich für den wegen angeblicher Unfähigkeit entlassenen (österreichischen) Küchenverwalter stark – *den Aufbau des Lagers hat nicht der Lagerleiter, sondern der Küchenverwalter vorangetrieben* – und waren erbost, weil der Referent für Lagerangelegenheiten mit seiner Familie eine Baracke alleine bewohnte und die Hälfte einer weiteren Baracke für das Halten von Hühnern und Kaninchen beanspruchte. Auch kritisierten sie, dass der „Tanzsaal" (in der Baracke 3) nun unterteilt und als Krankenrevier dienen musste: *höchstwahrscheinlich ist es so gedacht, damit es den Kranken nicht zu langweilig wird und sie Sonnabends und Sonntags den Lärm und die Musik hören müssen.*[65]

Die LfU gestand zwar die unhaltbaren Zustände bei der Wasserversorgung ein, sprach aber sonst von einer übertriebenen Darstellung der Missstände und meinte *die Beschwerdeschrift als solche übersieht jedoch völlig die bekannten heutigen Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung und scheint der derzeitigen Lagerverwaltung auch nicht den geringsten guten Willen zubilligen zu wollen,* lud aber gleichzeitig Vertreter des Lagers zu einer Aussprache ein.[66] Am 26. 9. 1947 wurde den erschienenen Vertretern Weiß, Griese, Rumpf, Lux und Witt mitgeteilt, *dass den Lagerinsassen keinerlei Einflussnahme auf die Besetzung der Lagerleitung zusteht.* Nicht vorgesehen wäre auch, einen Teil einer Baracke als „Tanzsaal" freizugeben, *sondern wäre dieser Raum lediglich als gemeinsamer Speise- und Tagesaufenthaltsraum gedacht.* Alle übrigen Vorhaltungen wurden jedoch zur Zufriedenheit der Lagerinsassen erfüllt.

Die vom Lagerreferent eigenmächtig und ohne Wissen und Zustimmung des Leiters der Umsiedlungsstelle getroffenen Anordnungen wurden rückgängig gemacht, die Familie des Lagerreferenten aufgefordert, das Lager zu verlassen *da keine Erlaubnis bestand, in einem DP-Lager zu wohnen,* der Lagerleiter (der Bruder des Lagerreferenten) entlassen und die Wiedereinstellung des Küchenverwalters verfügt.[67] Als Sofortmaßnahmen wurden noch beschlossen:

1.) Beschaffung und Aufstellung der fehlenden Öfen.

2.) Legen der Oberlichtverbindungsleitung zu den Baracken, die noch ohne elektrische Beleuchtung sind (dazu erforderlich ein 30m langes Leitungskabel).

3.) Einschneiden einiger noch fehlender Fensterscheiben.

4.) Sicherung der Wasserzufuhr bzw. Behebung des derzeit unhaltbaren Zustandes in der Versorgungdes Lagers mit Wasser und

5.) Versorgung der Lagerinsassen mit Brenn- und Heizmaterial.[68]

Weil sich die versprochene Auslieferung der Öfen verzögerte, musste die Lagerleitung Anfang Oktober 1947 einen weiteren schriftlichen Hilferuf an die Landesstelle für Umsiedlung richten: *es gibt keine Öfen und Ofenrohre, keine Strohsäcke und Decken. Die Leute schlafen auf dem Boden oder in Betten ohne Strohsäcke.*[69]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Was das fehlende Stroh angeht, kam Hilfe vom Bergheimer Dechant Schöndorfer. Der stellte – nach eigenen Angaben – Stroh im Gegenwert von *mindestens1.000,- Schilling* kostenlos zur Verfügung. Bei einem damaligen Abgabepreis von öS 28,-- für 100 kg, waren das immerhin über 3.500 Kilogramm. Die anschließende Flanelldeckenzuteilung fiel spärlich aus: Dem Lager Bergheim mit seinen über 300 Personen wurden lediglich 41 (ganze) und 118 (halbe) Decken zugeteilt. Für die Herstellung von Herden und Ofenrohren empfahl die LfU das Einsammeln des im Lager herumliegenden Altblechs. Deshalb und weil die ausgegebenen Öfen völlig verrostet und teilweise zerbrochen waren, hatten sich so manche Bewohner am Bau von Feuerstellen versucht und verwendeten dazu, wie angemerkt wurde, auch *große Konservenbüchsen.*[70]

Im Oktober wurden drei Lagerinsassen wegen Holzdiebstahls (sie hatten im Wald am Plainberg einen ca. 12m hohen Baum gefällt) zur Rede gestellt. Die drei begründeten ihre Tat mit der noch immer nicht erfolgten Brennstoffzuteilung und hatten auch eine Ausrede parat: *Wenn sie uns erwischen, können wir uns auf Dr. Finger berufen.* Die LfU wiederum ließ Nachsicht walten, hatte vielleicht auch ein schlechtes Gewissen und stellte das ganze als Missverständnis dar, *denn erteilt worden wäre lediglich die Erlaubnis zum sammeln von Klaubholz.*[71]

Untrennbar verbunden mit dem Lager Bergheim sind zwei Personen: Der Volksschullehrer Josef Appelshoffer und Peter März, Leiter der Musikkapelle, Betreiber von Lagerkantine, später dann auch von Gemischtwarenhandlung und Tabak-Trafik. Appelshoffer stammte aus der Banater Kreisstadt Pantschowa. Die Nachkriegswirren führten ihn und seine Gattin über Linz nach Salzburg. Die ursprüngliche Heimat von Peter März war Batschsentiwan, eine ausschließlich von Donauschwaben besiedelten Großgemeinde in der Batschka. Er erlebte das Kriegsende im Pinzgau. Gemeinsam mit ihren Eltern und ihren drei Kindern gelang seiner Gattin im Oktober 1946 die Flucht aus dem jugoslawischen Vernichtungslager Gakowa[72] über Ungarn nach Österreich. Beide, Lehrer Appelshoffer und Kantineur März, sollten maßgeblichen Anteil an Aufbau und Bestand der Lagergemeinschaft haben und auch bei der späteren Gründung und Führung der Wohnsiedlung Bergheim wichtige Rollen übernehmen.

Die Situation 1948 und 1949

Das Jahr 1948 begann mit der Wahl des aus fünf Personen bestehenden Lagerkomitees, enormen Problemen hinsichtlich der Versorgungslage und einem ununterbrochenen Zuzug von Menschen, der so groß war, dass Teile des Krankenreviers aufgegeben werden mussten, um den Zustrom aufnehmen zu können. Das Gesundheitsamt berichtet darüber: *Das Krankenrevier ist nichts als ein sehr primitiv eingerichteter Ordinationsraum. Die als Krankenzimmer vorgesehenen Räume wurden mit Lagerinsassen belegt.*[73]

Der Bericht der volksdeutschen Flüchtlingsseelsorge vom 28.1.1948 gliedert die Insassen des Bergheimer Lagers auf:[74]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Familien	121	
Kinder im Alter von 0 – 6 Jahren		59
Kinder über 6 Jahre		57
Erwachsene (darunter 5 Greise und 1 Invalide)		298
Waisen		4
Anzahl Lagerinsassen gesamt		418

Zwei Monate später, anlässlich einer Anfrage um Mitarbeit in der Landwirtschaft – geboten wurden öS 150,-- bis öS 200,-- im Monat bei freier Kost – musste die Anfrage negativ beantwortet werden, da im Lager Bergheim Vollbeschäftigung festgestellt werden konnte. Alle arbeitspflichtigen Personen standen bereits im Arbeitsprozess, doch überwogen die nicht Arbeitspflichtigen bei weitem:[75]

Arbeitspflichtige			im Arbeitsprozess stehend		
Frauen	35		Frauen	35	
Männer	87	112	Männer	87	112
Nicht arbeitspflichtige					
Frauen	140				
Männer	32	172			

Den 418 Lagerbewohnern mangelte es zu Beginn des Jahres 1948 nicht nur an Kleidung und Essen sondern auch (immer noch) an Brennmaterial. Das Fehlen von Brennmaterial oder die zu geringe Zuteilung waren für manche Familien doppelt belastend. Einerseits weil sie keine Möglichkeit zur Beheizung ihrer Behausung hatten, andererseits – so sie nicht an der Gemeinschaftsverpflegung teilnahmen – auch nicht in der Lage waren, sich eine warme Mahlzeit zuzubereiten. Manche Lagerbewohner „beschafften" sich daher Holz aus den nahe gelegenen Wäldern und Wäldchen, was natürlich den verständlichen Ärger der Grundeigentümer hervorrief. Die Chronik des Gendarmeriepostens Bergheim vom 6. 3. 1948 bemerkt dazu: *wegen überhand nehmenden Holzdiebstählen durch Ausländer im Lager Bergheim 20 Hausdurchsuchungen durchgeführt und große Holzmengen beschlagnahmt.*[76]

Und die Gemeindevertretung Bergheims sah sich zu einem drastischen, (einstimmig beschlossenen) Schritt genötigt, denn *in Anbetracht von Brandlegungen, Plünderungen und Feldfrevel wurde eine Hof- und Flurwache aufzustellen empfohlen, die mit Waffen u. Waffenpässen versehen werden soll. Es wurde daher eine Aufstellung von Hof- und Flurwachen beschlossen und folgende zuverlässige Personen vorgeschlagen* (es folgt die namentliche Erwähnung; Anm. d. A.), *die betreffs Annahme vorzuladen und zu befragen sind.*[77] Im Mai war eine Untersuchung notwendig, weil an der Südseite der Baracke 1 einige Pappelbäume ausgegraben und zu Brennholz verarbeitet wurden. Die Untersuchung ergab, dass die Bäume zum einen nicht auf Lagergrund standen und zum anderen Grundbesitzer Gmachl der *gärtnerischen Nutzung* des Grundstreifens zugestimmt hatte.[78]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Im September allerdings kam es wegen eines weiteren Holzdiebstahls zu einer nochmaligen Untersuchung. Die Behörde sprach eine Verwarnung aus und machte es gleichzeitig der Lagerpolizei zur Pflicht, mehrmals täglich entsprechende Kontrollen durchzuführen, drohte mit *unverzüglicher Entlassung aus dem Dienst, falls die Lagerpolizei aus Befangenheit oder anderen Gründen sich bei den vorgeschriebenen Kontrollen nicht durchsetzen kann* und erinnerte gleichzeitig an die regelmäßige Ausgabe von Brennmaterial.[79] (Das zugeteilte Brennmaterial war nicht kostenlos, sondern wurde lediglich verbilligt abgegeben; Anm. d. A.). Die Holzdiebstähle wurden aber auch vom Großteil der Bergheimer Lagerbewohner nicht akzeptiert. *Von der Mehrzahl der Bewohner wurde die Meinung vertreten, dass diese Art der Holzbeschaffung eine Schande wäre und es durch Einzelne zu einer Kollektivschuld käme*, notierte Peter März in seinen Aufzeichnungen dazu.[80] (Holzdiebstähle beschränkten sich keineswegs nur auf das Lager Bergheim. In Saalfelden etwa nahm das unerlaubte Schlägern von Bäumen derartige Ausmaße an, dass die dortige Lagerleitung die Auflösung des Lagers und die Einweisung der Insassen in andere Lager – darunter auch in das Lager Bergheim – forderte).

Die Landesstelle für Umsiedlung hatte andere Sorgen. Sie nahm das zweimalige telefonische Nichtantreffen der Lagerverwaltung zum Anlass, die im Lager Bergheim üblichen Dienstzeiten zu hinterfragen. Die Lagerleitung begründete ihre Nichtanwesenheit (die beiden Anrufe wurden jedes Mal von einem Lagerpolizisten entgegen genommen) mit dem mangelhaften Tramwayverkehr und auch damit, dass

- ein zu Fuß gehen an dem derzeitigen Mangel an Schuhwerk vermieden werden muss

- die Ernährungslage einen täglichen Fußmarsch von etwa 4km in einer Richtung nicht zulässt und

die finanziellen Kosten für ein Paar Schuhsohlen (öS 27,--) bei der geringen Haltbarkeit des Materials zu hoch wären.

Die Landesstelle hatte kein Einsehen und ordnete an, dass *unabhängig zu den bestehenden Schwierigkeiten im Zugverkehr von bzw. nach Salzburg ein Dienstbetriebvon 8.00 – 12.00 und von 13.30 – 18.00 und an Samstagen von 8.00 – 12.00 gewährleistet sein muss.*[81]

Ähnlich der Wassermisere gab es Probleme mit der Stromversorgung. Anfang Jänner 1948 kritisierte das städtische Elektrizitätswerk die groben Mängel an den Einrichtungen. Trotz Fristsetzung mit 1. 1. 1948 war eine Behebung der aufgezeigten Schäden nicht erfolgt und das E-Werk erinnerte: *Nach wie vor seien feuergefährliche Verspannungen, blanke Teile usw. vorhanden. Sämtliche Sicherungen seien geflickt und übersichert. Abzweigdosen fehlen, Abzweigungen seien verdrillt und ungenügend isoliert. Außer den mangelhaften Installationen bestehen auch noch Mängel in der Zuleitung, Verteilung, Schaltungen und Sicherungen. Wenn in allen Objekten (16 Baracken) die Installationen ausgeführt werdensollen, so würden hiezu mindestens zwei Monate vergehen und die Kosten nicht unter öS 10.000,-- liegen.*[82] Der LfU war die Zeitspanne für die Mängelbehebung entschieden zu lang und vor allem die Kosten zu hoch. An das E-Werk wurde ein Antrag zur Einstellung

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

der bereits begonnenen Instandsetzungsarbeiten gestellt und stattdessen der Lagerelektriker mit den notwendigen Arbeiten beauftragt.

Drei Ereignisse bewegten dann alle Lagerbewohner. Das war einmal die Muttertagsfeier mit den Kindern von Kindergarten und Lagerschule, die erste Hochzeit im Lager Bergheim und die erste Firmung. War man bei Muttertagsfeier und Hochzeit noch „unter sich", war der 4. Juli ein großer Tag für die Lagerbewohner. Nach Firmung der Jugendlichen in der Pfarrkirche Bergheim statteten sowohl Erzbischof Rohracher als auch Mrs. Haines, die Gattin des Zonenkommandanten, dem Lager einen Besuch ab und unterhielten sich ganz zwanglos mit den Lagerbewohnern. Einer der damaligen Firmlinge schilderte dem Autor sein Problem, denn weder Anzug noch schwarze Schuhe waren für ihn vorhanden. Was den Anzug anbelangt, wurde durch das „Zurechtschneidern" eines Herrenanzuges Abhilfe geschaffen. Die Großmutter wiederum stellte ihre eigenen schwarzen Schuhe, die sie über das Internierungslager hinweg gerettet hatte zur Verfügung, konnte aber nun selbst, mangels Schuhwerk, nicht an der Firmungszeremonie teilnehmen.[83] Die erste Hochzeit im Lager Bergheim wurde in aller Bescheidenheit begangen. Es gab – außer fröhlichen Gesichtern, ein bisschen Kuchen, einer Art Girlande aus Fichtenzweigen und einem daran befestigten Glückwunsch der Lagerbewohner – nichts. Keine Festmusik, kein Festmahl, keine festlichen Kleider.

Abb. 8: Die erste Eheschließung im Lager Bergheim, 1948. (Privatbesitz J. März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Im Oktober erreichte der Belegstand mit 464 Personen seinen Höchststand. Die, rein rechnerisch, pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche belief sich somit auf 3,99m² und lag damit unter den von der LfU vorgesehenen 4,5m² pro Person. Im Dezember schließlich wurde den Lagerbewohnern deutlich gemacht, dass für sie als Flüchtlinge andere Regeln zu gelten hätten als für Einheimische, denn die amerikanische Militärbehörde untersagte eine von der ÖVP (als Sprecher war Landtagspräsident Hell vorgesehen) geplante Versammlung zu den Themen „Eigenheim/Siedlung/Verbesserung des Loses der Flüchtlinge" mit dem Hinweis, dass *das Abhalten politischer Versammlungen für Flüchtlinge verboten sei.*[84] Wie dehnbar das Verbot der Teilnahme an „politischen Versammlungen" ausgelegt wurde, zeigt die Absage einer geplanten Wallfahrt der Volksdeutschen nach Attnang-Puchheim durch österreichische Sicherheitskräfte und das Innenministerium. Die Absage, vor allem die Begründung der Absage, dass nämlich die Veranstaltung *von übel wollender Seite politisch missdeutet werden könne,* veranlassten die „Salzburger Nachrichten" zu einem heftigen Protestschreiben.[85]

Ebenfalls im Dezember mehrten sich die Gerüchte über eine geplante Umwandlung der derzeitigen Lager in reine Fürsorge- und Wohnlager, wobei Maria Sorg und Bergheim als Wohnlager bestehen bleiben, aber auf „Selbsterhaltung" umgestellt werden sollen. Die Mittelaufbringung für die Erhaltung der Wohnlager hätte durch die Insassen in Form eines „Lagerbenützungsentgeltes" zu erfolgen; die Erhaltung der Fürsorgelager wäre Aufgabe des Bundes. An Fürsorgebedürftigen wurden im Lager Bergheim 16 Personen festgestellt, davon in

Stufe I	(arbeits- und selbsterhaltungsunfähig):	0
Stufe II	(beschränkt arbeitsfähig):	7
Stufe III	(arbeits- und erwerbsunfähig):	9

Geplant war auch, *fürsorgebedürftige Insassen, die aus körperlichem oder anderem Unvermögen ihren Lebensunterhalt selbst nicht besorgen bzw. für den andere unterhaltspflichtige Personen, Vereinigungen usw. nicht aufkommen können, aus den vorgenannten Lagern in das Lager Pongau zu transferieren, wo ihnen Heimarbeit einer Bijoufabrik vermittelt werden konnte.*[86] Dazu kam es nicht. Aufgrund der Überbelegung aller Lager war die angestrebte Maßnahme nicht durchführbar.

Die Umbenennung der verpönten Bezeichnung „Lager" in „Wohnsiedlung" bzw. „Unterkunftsstelle", sollte zudem einen Wandel auch nach außen signalisieren, veranlasste die Landesregierung aber bereits vor der Einführung zur ironischen Feststellung *mit der Änderung der Bezeichnung der Lager allein und der Errichtung einer so genannten Wohnsiedlung ist die kaum tragbare Zusammendrängung insbesondere der Volksdeutschen-Lager nicht gelöst.*[87] Die Abt. VII ging sogar noch einen Schritt weiter: *Es ist unbedingt darauf zu dringen, dass die Wohnsiedlungen praktisch nicht Lager bleiben, sondern Siedlungen, mit möglichst vielen Einzelwohnungen. Staatspolitische, gesundheitspolizeiliche und organisatorische Erwägungen sind derart zwingend, dass das Programm der organisatorischen Umgestaltung der Lager auch unter Beistellung von staatlichen Mitteln, seien es unverzinsliche Bank-*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

kredite, seien es geeignete Grundstücke etc. weiter verfolgt werden muss, damit den VD (Volksdeutschen; Anm. d. A.) *durch eine möglichst umfassende Zuführung in das österreichische Wirtschaftsleben der Ausländercharakter genommen und die Gefahr einer unerwünschten Minoritätspolitik beseitigt wird.*[88]

Die LfU allerdings warnte: *Die Überführung der VD-Lager in Selbstverwaltung und Selbsterhaltung dürfte nicht klaglos vor sich gehen, da die Lagerinsassen eine gewisse Betreuung und Kostentragung* [von] *staatlicher Seite als ihr Recht ansehen. Einer gegenteiligen Argumentation begegnen sie mit dem Hinweis auf die viel weiter reichende Kostentragung des österreichischen Staates für die IRO-Lager und die fremdsprachigen Ausländer. Bei Lösung des Lagerproblems dürften daher nicht nur seitens der `Flüchtlingsblätter`, sondern auch seitens der österreichischen Presse wegen des großen Unterschiedes in der Behandlung der fremd- und deutschsprachigen Ausländer mit einer unerfreulichen Polemik zu rechnen sein. Obzwar der Plan zum Tragen aller Kosten durch die Volksdeutschen für die Staatsfinanzen der günstigere wäre, wird er sich, wenn überhaupt, nur mit großen Schwierigkeiten verwirklichen lassen.*[89]

Am 29. 12. 1948 lud die LfU zu einer Lagerleiterbesprechung, bei der seitens Dr. Finger einige bemerkenswerte Aussagen gemacht wurden. Er gab zunächst einen Jahresrückblick: *Kaum vor einem Jahr fanden wir die Volksdeutschen in einem ziemlich rechtlosen Zustand. Wenn wir dagegen ihre Lage heute betrachten, so können wir feststellen, dass eine fühlbare Besserung eingetreten ist. Es ist heute allgemein bekannt, dass die Volksdeutschen im Jahre 1945 als in jeder Hinsicht rechtlos galten, dass sie von der IRO-Hilfe und der Hilfe anderer Fürsorgeeinrichtungen ausgeschlossen waren. Ihre rechtlose Lage äußerte sich bereits bei der Vergebung der Wohnstätten für Flüchtlinge. Während Kasernen und Musterlager für andere, nicht aber für VD-Flüchtlinge vergeben wurden, mussten VD sich zum Teil mit Stallungen begnügen, wie dies insbesondere im Lager Rosittenkaserne der Fall ist.* Er sparte auch nicht mit Eigenlob, denn *die Verwendung der Umsiedlungsstelle bewirkte auch, dass die VD im Lande Salzburg, wo sie von der Bevölkerung als Ausländer unerwünscht angesehen wurden, nunmehr geachtet werden und viele Freunde unter ihnen zählen.*

Dann instruierte er die erschienenen Lagerleiter über die Absicht der österreichischen Bundesregierung, die DP- und Flüchtlingslager in Wohnsiedlungen auszubauen. *Die Einstellung aller Kredite (für die VD-Lager) durch den Bund ist nicht allein in der Absicht gelegen eine Klärung der Rechtslage der VD anzubahnen, sondern dass hauptsächlich wohl auch finanzielle Gründe ausschlaggebend waren. Die Volksdeutschen in Österreich sind nicht als Ausländer zu sehen, sondern sollen vielmehr früher oder später dem österreichischen Volkskörper einverleibt werden,* um dann aber abzuschwächen, denn *die völlige Gleichberechtigung solle nur schrittweise erfolgen.*[90] Es dürfte damit jeweils die Einbürgerung gemeint sein. Die hatte zwar schon eingesetzt, bevorzugte aber in erster Linie Akademiker. In Dr. Fingers Aussage „der nur schrittweise zu erfolgenden Gleichberechtigung" ist einiges an Zynismus enthalten, denn nichts war für Österreich günstiger, als die Situation der noch nicht eingebürgerten Volksdeutschen. Die mussten zwar, um ihre Aufenthaltsbewilligung nicht zu verlieren ihrer Arbeit nachgehen, Steuern, Abgaben

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

und Miete entrichten, waren aber von einer Gleichstellung mit einheimischen Arbeitnehmern in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht noch weit entfernt.

Für die Äußerungen von Abt. VII und Umsiedlungsstelle gab es mehrere Gründe. Da war sicher einmal die (berechtigte) Sorge vor einer selbst gewählten Abschottung der Lagerbewohner, vielleicht auch bereits das Erkennen des wirtschaftlichen Potentials der Volksdeutschen oder schlicht und einfach das Hoffen auf Wählerstimmen nach einer erfolgten Einbürgerung. Es war bestimmt auch das Drängen von Kirchen und Medien, die immer vehementer eine Besserstellung der Volksdeutschen forderten.

Bereits Anfang Dezember 1948 hatte das Innenministerium mit Erlass 133.940-12 U/48 verfügt, dass zehn Lager (darunter auch Bergheim und Maria-Sorg) und eventuell ebenso die als „Unterkunftsstellen" bezeichneten Lager Itzling, Maxglan und Lehen, auf Selbsterhaltung umzustellen sind. Aufgrund der nun einsetzenden Sparmaßnahmen wurde Anfang 1949 nach und nach mit der Entlassung von Volksdeutschen (Küchengehilfen, Lagerpolizisten, aber auch von Bürokräften) begonnen, zudem wurde die Gemeinschaftsverpflegung in den meisten Lagern, darunter auch Bergheim, eingestellt. Zu den Entlassungen erteilte die LfU die Weisung, die Kündigungen mit 1. 1. 1949 auszusprechen, so dass deren Wirksamkeit erst mit 15. 1. 1949 gegeben ist: *Es würde zudem eine Härte bedeuten, die Kündigung unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen auszusprechen.*[91]

Am 25. 1. 1949 fand eine Besprechung betreffend die „Neuordnung der Volksdeutschen Lager" statt. Teilnehmer waren neben LfU die Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen in Salzburg, die katholische Flüchtlingsseelsorge sowie Lagerleiter und Obmänner der Lagerkomitees von zehn Flüchtlingslagern. Dr. Finger gab seinen Jahresrückblick, ähnlich dem vom Ende Dezember 1948, wurde aber bei einigen Punkten deutlicher. So nannte er zum Beispiel, wer in den „Kasernen und Musterlagern" untergebracht war, nämlich *Ukrainer, Letten, Russen, Polen* und erwähnte auch, dass *jene Bestimmungen aber, die sie* (die Volksdeutschen; Anm. d. A.) *in den Genuss von Rechten setzen würden, z.B.: die Arbeitslosen- und Fürsorgeunterstützung [...] vielfach noch keine Anwendung gefunden hätten.* Anschließend erläuterte der Leiter der LfU die zu setzenden Maßnahmen, um eine entsprechende Umsetzung der Neuordnung der volksdeutschen Lager zu erzielen. Dann kam er auf die zentralen Punkte der Zusammenkunft zu sprechen: Selbsterhaltung, Zentralbewirtschaftung und Selbstverwaltung.

Schon bei der Besprechung im November des Vorjahres mit den Lagerleitern wurde erörtert ob *jedes Lager einen in sich geschlossenen Wirtschaftskörper bilden, oder ob alle in der Stadt Salzburg und Umgebung befindlichen Lager zu einem Wirtschaftskörper zusammengeschlossen werden können.* Die Angelegenheit wurde damals als so brisant angesehen, *dass der Gegenstand der Besprechungvorläufig unter uns bleiben soll.*[92] Jetzt ergab die Abstimmung eine Zustimmung aller zehn Lagerleiter für die Selbsterhaltung, doch nur die Hälfte der Lagerkomiteeobmänner stimmte dafür. Die LfU war der Auffassung, dass die Einzelbewirtschaftung je Lager nur *zu einem vollständigen Fiasko führen kann* und Dr. Finger bemühte sich mit emotionalen Worten um Zustimmung bei den Komiteeobmännern für eine

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Zentralbewirtschaftung und gleichzeitige Übernahme der Kosten auch für die Fürsorgebedürftigen: *Sie bilden nicht nur eine Lagergemeinschaft schlechtweg, Sie bilden auch eine Schicksalsgemeinschaftund es ist schließlich das Gebot der Stunde, dass Sie in dieser Heimatlosigkeit alle für einen und einer für alle einstehen.*[93]

Wie vier andere Lager auch, waren die Bewohner des Bergheimer Lagers mit der Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle nicht einverstanden. Im Gegenteil. Sie drängten vielmehr auf Selbsterhaltung und Selbstverwaltung. Auch der Versuch des Vorsitzenden des Maria-Sorger Lagerkomitees (Maria-Sorg hatte für die Zentralbewirtschaftung gestimmt), der von der Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen in das Lager Bergheim entsandt wurde, um dessen Bewohner von Sinn und Notwendigkeit einer Zentralbewirtschaftung zu überzeugen (oder zu überreden) und zur Zustimmung zu bewegen, schlug fehl. Dementsprechend verärgert und enttäuscht waren die Reaktionen derer, die für eine Zentralbewirtschaftung eintraten. Es mangelte nicht an Schuldzuweisungen, zumal die Lagerleiter abermals einheitlich für die Zentralbewirtschaftung gestimmt hatten.

Dr. Finger: *Die Einstellung des Obmannes des Lagerkomitees aus Bergheim ist sonderbar, umso mehr, als sachliche Einwände gegen die Zentralwirtschaftsstelle nicht gemacht werden können. Ich muss wieder erwähnen, es genügt nicht, vier oder fünf Jahre in einem Lager zu leben, man muss trotzdem mit der Wirtschaftsführung noch nicht vertraut geworden sein. Aber bitte, nehmen wir an, das Lager Bergheim sei gegen die zentrale Bewirtschaftung.* Der Vertreter der Katholischen Flüchtlingsseelsorge war enttäuscht: *Ich habe angenommen, dass alle für die Zentralbewirtschaftung stimmen. Aber man muss feststellen, dass viele unserer einfachen Leute noch nicht verstanden haben, um was es geht.* Der Referent für Lagerangelegenheiten wunderte sich: *Dass gerade die Insassen dieses Lagers sich gegen eine zentrale Verwaltung aussprechen* und er hatte auch eine Erklärung parat, nämlich *dass keine richtige Information durch Lagerleitung und Lagerkomitee erfolgt sei.*

Der Bergheimer Lagerleiter fühlte sich angegriffen: *Ich habe mich nicht an die Lagerinsassen gewendet und sie auch nicht um ihre Meinung gefragt. Ich habe das einzig und allein dem Lagerkomitee überlassen.* Der Obmann des Bergheimer Lagerkomitees: *Die Frage nach einer zentralen Verwaltung und Bewirtschaftung wurde den Lagerinsassen durch Vertreter der Zentralberatungsstelle nicht gestellt.* Und er betonte noch einmal: *90 Prozent der Lagerbewohner sind für eine Selbstverwaltung.* Der Vertreter der Zentralberatungsstelle: *Ich war der Meinung, dass, wer für die Selbsterhaltung stimmt, auch für die Zentralbeschaffungsstelle ist.*[94]

Dem Bergheimer Drang nach Selbstverwaltung erteilte Dr. Finger aber eine klare Absage: *Wir* (die LfU; Anm. d. A.) *wollen, weil wir die Verantwortung fühlen, die Wohnlager so lange beaufsichtigen, als sie der Aufsicht bedürfen. Keine Minute länger. Wir wollen die Verwaltung nicht etwa Leuten überlassen, die hinten und vorne nichts verstehen und wir wollen vor allem nicht durch eine unsachgemäße Verwaltung die im Salzburger Land befindlichen Lager zu ständigen Unruheherden werden lassen. Unter Männern gesprochen: Wir müssten ja schließlich doch den Karren aus*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

dem Dreck ziehen und so bleiben wir lieber gleich an der Stange, bis wir alle Fährnisse hinter uns habenund auf eine gut ausgefahrene Straße gekommen sind. Dann können wir die Leitung getrost abgeben.

Sodann präsentierte die LfU eine *„rechnerisch/statistische"* Darstellung von Gesamtaufwendungen zu Gesamtwohnnutzfläche der zehn Lager vom Monat September des Vorjahres:

Betriebskosten:	S	21.963,98		
Instandhaltungskosten:	S	11.486,85		
Personalkosten:	S	17.305,88	S	50.756,71
Wohnnutzfläche:				17.459m²
Kosten je m² Wohnnutzfläche:			S	2,91
Lagerinsassen der zehn Lager:				4.334
Wohnnutzfläche pro Person:				4,03m²

Eine vierköpfige Familie, erläuterte Dr. Finger, hätte demnach bei einer Wohnnutzfläche von 16,12m² einen Monatsaufwand von öS 46,91 zu bestreiten. Und weiter: *Bergheim steht unter den insolventen Lagern an dritter Stelle. Das Lager Bergheim müsste öS 3,78* (je m² bewohnter Fläche an Lagerbenützungsentgelt; Anm. d. A.) *bezahlen. Es ist so wirtschaftlich schon nicht selbsterhaltungsfähig und wenn Sie weiter bedenken, dass dieses Lager mit seinen 418 Insassen für 16 Unterkünfte die Instandsetzungskosten zu tragen hat, können Sie erkennen, welche Kurzsichtigkeit dazu gehört, an eine Selbsterhaltung [sic!]* (gemeint aber Selbstverwaltung; Anm. d.A.) *auch nur zu denken.*[95]

(Am teuersten war das Wohnen übrigens im Lager Volksgarten mit öS 4,52 je m², am günstigsten im Lager Anif mit öS 1,55 je m² Wohnnutzfläche. Auch in Maria-Sorg waren die Kosten mit öS 2,49/m² deutlich niederer als im Lager Bergheim). Die Gegenüberstellung der Aufwendungen der Lager Anif und Bergheim für September 1948 zeigt die Unterschiede auf:

		Lager Anif		Lager Bergheim
Wohnnutzfläche		1.800m²		1.850m²
Aufwendungen gesamt	S	2.790,32	S	7.001,52
Davon für				
Licht	S	739,90	S	1.544,73
Instandhaltungen	S	109,77	S	2.761,51

Die geradezu ins Auge stechenden hohen Gesamtaufwendungen des Bergheimer Lagers waren der LfU keine Erläuterung, den Besprechungsteilnehmern keine Nachfrage wert; gleiches gilt auch für Strom- und Instandhaltungskosten. Was den Mietzins für Holzbaracken angeht, wurden seitens der LfU Unterschiede hinsichtlich der Bauweise und Fläche gemacht.[96]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

		je m²
Einwandige	S	0,64
Doppelwandige unter 30²	S	1,30
Doppelwandige über 30m²	S	1,40
Durchschnittskosten	S	1,11

Die von Dr. Finger erwähnten öS 3,78 an Lagerbenützungsentgelt für das Lager Bergheim errechneten sich aus der Gegenüberstellung von Wohnnutzfläche zu Aufwendungen. In den Aufwendungen enthalten waren sämtliche Sachaufwendungen (inklusive des monatlichen Pachtzinses von öS 53,21 an die Pfarrpfründe Bergheim), sowie der Personalaufwand für Lagerleiter und einen Lagerarbeiter. Verlangt wurde von den Lagerbewohnern also die Übernahme aller Aufwendungen, *ohne dass aber dadurch ein Mietrechtbegründet werden soll.*[97]

Für das Bergheimer Lagerkomitee waren die Berechnungen der LfU ein Schock. Demnach hätte eine vierköpfige Familie für eine Wohnfläche von 16.12m² ein Monatsentgelt von öS 60,93 zu entrichten. Das war mehr als das dreifache dessen, was sie jetzt bezahlten und noch um einiges mehr, als sie sich vorgestellt hatten. Bereits Ende Dezember 1948 hatten sie nämlich die LfU darauf aufmerksam gemacht, dass *eine Selbsterhaltung nur dann durchführbar wäre, wenn die Verwaltungskosten auf eine tragbare Stufe gesenkt werden können und das wären öS 1,-- pro* m².[98]

Auch das „Neuland" meldete sich zu Wort. *Auf jeden Fall muss es als eine Ungerechtigkeit angesehen werden, wenn für die Lager die Vorschriften des österreichischen Mieterschutzes auch nach dieser Regelung keine Anwendung finden sollen. Jedenfalls ist der Zustand untragbar, dass auf die fast nur mit Schlafstellen der Lagerinsassen belegten Barackenräume Beiträge erhoben werden, die nicht nur keinen Vergleich mit den zulässigen Höhen der Privatmieten zulassen, sondern auch oft jeden Mietwucher mit schönsten und besten Wohnungen um ein Beträchtliches übersteigen.*[99]

Allen Planungen und Überlegungen von Innenministerium und Umsiedlungsstelle betreffend das Vorhaben „Umstellung auf Selbsterhaltung" bereitete die amerikanische Militärverwaltung ein rasches Ende. Am 10.Jänner 1949 – die Amerikaner wussten also bereits von dem Vorhaben – informierte die DP-Section für Salzburg: *Die Bestimmungen dieser Anordnungen werden nicht genehmigt und werden in der US-Zone Österreichs bis auf weiteres nicht durchgeführt.*[100] Einen Tag später richtete die Umsiedlungsstelle im Innenministerium *einen ziemlich scharfen Brief* an die amerikanische Militärverwaltung, worin betont wurde *dass die Umstellung der Volksdeutschen Lager auf Selbsterhaltung eine rein österreichische Angelegenheit sei.*[101]

Die Amerikaner zeigten sich davon wenig beeindruckt. Das Antwortschreiben des amerikanischen Hauptquartiers war eine Belehrung für Innenministerium und LfU in Sachen Zuständigkeit und Humanität:

Ohne Zustimmung der Militärregierung können österreichische Stellen keine Lager eröffnen oder schließen.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Mischung verschiedener Nationen, die durch die Verschiebung von Insassen herbeigeführt werden könnte, ist untunlich.

Durch die Absonderung der Fürsorgebedürftigen in Fürsorgelager dürfen Familien nicht getrennt werden.

Die Aufbürdung sämtlicher Kosten führt dazu, dass die Lagerinsassen Zahlungen leisten müssten, die zu hoch sind für den Einzelnen.

Es erscheint unbillig, dass die Lagerleiter in den Wohnlagern von den Lagerinsassen bezahlt werden sollen.[102]

Was blieb, waren die Umbenennungen. Das Lager Bergheim war nun eine Wohnsiedlung Bergheim, der Lagerleiter wurde zum Siedlungsverwalter und aus dem Lagerkomitee ein Siedlungsbeirat. Die Bezeichnung „Siedlung" statt „Lager" tat vielleicht dem Selbstwertgefühl der Lagerinsassen gut änderte aber, sieht man vom Bau einer zweiten Latrine ab, nichts an den tristen Verhältnissen, mit denen sie tagtäglich konfrontiert waren. Während sich die Bewohner trotzdem bemühten, die neuen Bezeichnungen anzuwenden und auch versuchten, diese ihren Kindern zu vermitteln, war bei den öffentlichen Stellen noch über Jahre hinweg davon wenig zu bemerken. (Deshalb und auch der besseren Verständlichkeit wegen hat sich der Autor entschlossen, die Bezeichnung „Lager" bis zum 31.Oktober 1952 beizubehalten. Ab 1.November 1952 – dem ersten Tag der Selbstverwaltung – wird dann die Bezeichnung „Wohnsiedlung" oder „Siedlung" verwendet).

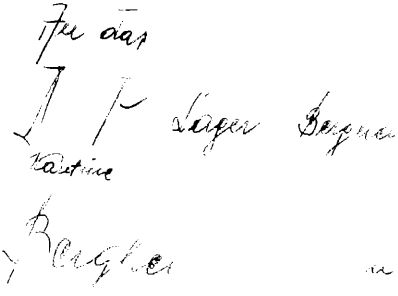


Abb. 9: Ein falsch adressierter Briefumschlag, Jänner 1950. (Privatbesitz J. März)

Die kurz nach der Besprechung angeordneten Neuwahlen der Siedlungsbeiräte führten zu einer Missstimmung zwischen LfU, Lagerleitern und Zentralberatungsstelle. Die LfU informierte nämlich die erschienenen Lagerleiter am 8. 2. 1949, dass die Zentralberatungsstelle versucht hätte, auf die Wahlen Einfluss zu

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

nehmen. *Die Landesstelle wurde von der Zentralberatungsstelle ersucht, Siedlungsbeiräte nach dem Geschmack der Zentralberatungsstelle zu bestellen.* Die Lagerleiter drohten mit Amtsniederlegung und bezichtigten die Zentralberatungsstelle des *Querulantentums.*[103] Die Neuwahlen am 13. 3. 1949 brachten im Lager Bergheim bei einer Wahlbeteiligung von 53 Prozent (in Maria-Sorg waren es sogar 69 Prozent) zwar keine identische Wiederwahl der alten Funktionäre, aber der Wunsch nach Selbsterhaltungu n dSelbstverwaltung blieb nach wie voraufrecht.[104]

Die LfU hatte es 1949 nicht nur mit renitenten Bergheimer Lagerinsassen, sie belehrenden Amerikanern, sondern auch mit Bergheims Dechant zu tun. Im Juli begann eine bis Anfang Oktober dauernde Auseinandersetzung zwischen der Landesregierung und der Pfarre Bergheim. Die Landesstelle für Umsiedlung in Person eines Lagerangestellten verweigerte der Pfarre die Entnahme der Jauche aus den beiden Latrinen, hatte aber nicht mit Dechant Schöndorfer, der nicht nur äußerst hilfsbereit, sondern auch äußerst streitbar war und auf sein jahrelang ausgeübtes Recht der Jaucheentnahme pochte, gerechnet: *Sonst werde ich alles tun, was immer möglich ist, um mein Recht durchzusetzen. Ich verlange eine höhere Entschädigung für die Pacht, nehme den Armen das von mir zugesagte Recht, sich dort Gemüse anzubauen und werde mit meiner Beschwerde bis zum obersten Gerichtshof gehen. Solche Gemeinheiten von jungen Leuten lasse ich mir nicht mehr gefallen. Ich bin den Leuten überaus gut gewesen. Ich habe wenigstens um 1.000 Schilling Stroh für die Betten der Armen gegeben, nicht einen Groschen angenommen, nun wird man so behandelt!!! Gemeinheit!!*[105]

Der Lagerangestellte bat, allerdings vergeblich, während einer Aussprache um Aushändigung einer Vertragsabschrift. *Der Herr Dechant führte seine Rede in sehr scharfen und äußerst groben Worten, wobei er wiederholt mit der Faust auf die Bank schlug.*[106] Im September folgte ein weiteres Schreiben an die Landesregierung. Jetzt drohte Dechant Schöndorfer mit Anrufung von Gericht und Bundeskanzleramt und dem Hinweis, *dass die hohe Landesregierung die kleine Bitte nicht erfüllt, dem Gefertigten schriftlich das Recht zuzuerkennen, das er zur Nazizeit und hernach immer gehabt hat.* Weil auch diesmal die Landesregierung nicht reagierte, folgte ein Schreiben an die Landwirtschaftskammer Salzburg in welchem *um gütige Intervenierung* bei der zuständigen Stelle gebeten wurde.[107] Die LfU versuchte zwar noch mit dem Hinweis *auf das ungebührliche Schreiben des Dechanten Schöndorfer vom 15. 7. 1949* eine Verzögerung zu erreichen, musste dann aber doch der Pfarre Bergheim das alleinige Recht zur Entleerung der Jauchengrube zugestehen, stellte aber die Bedingung der restlosen Entleerung *(d.h. nicht nur Jauche, sondern auch Kot!!)*[108]

Zur Jahresmitte 1949 konnte man im Lager Bergheim durchaus von einer Art dörflichem (Lager)Leben sprechen. Schule und Kindergarten waren vorhanden, der winzige Lebensmittelladen (das Wareneingangsbuch für Juni 1949 weist 51 Wareneinkäufe aus; Anm. d. A.) versorgte die Lagerbewohner mit dem Allernotwendigsten. Es gab eine Fülle von Angeboten kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Art. Billardspiel (in der Lagerkantine) sowie Kegelbahn ergänzten das

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Freizeitangebot und der „Dorfplatz" neben der Baracke 11 bot die Möglichkeit zu einem sonntäglichen Nachtmittagsplausch.

Im Lager selbst boten Schuster, Schneider, Tischler, Elektriker und Friseure ihre Dienste an. Außerhalb des Lagers hatten die arbeitsfähigen Bewohner überwiegend in Baugewerbe und beim amerikanischen Militär, vereinzelt auch in Landwirtschaft und Industriebetrieben, wie Glockengießerei Oberascher in Kasern, Zündholzfabrik Handler & Pfifferling im Salzburger Stadtteil Sam, Beschäftigung gefunden.

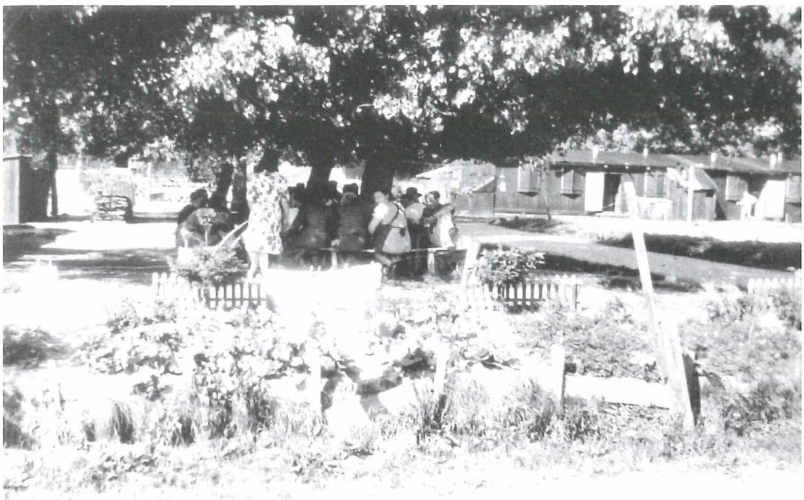


Abb. 10: Der „Dorfplatz" (heute Kirchfeld 13) (Privatbesitz J.März)

In diesen beiden Jahren versuchten die Donauschwaben der Stadt Salzburg und Umgebung aus den Lagerschatten in Form von Veranstaltungen herauszutreten. Berührend das Krippenspiel der Bergheimer Lagerkinder im Gasthof Gmachl und Lager Bergheim, herausragend an Wirkung und Bedeutung der „Donauschwäbische Heimatabend" im großen Festspielhaus unter dem Ehrenschutz von Erzbischof Rohracher (die Laiendarsteller aus dem Lager Bergheim unter Appelshoffers Leitung zeigten in szenischen Bildern die Geschichte der Donauschwaben; Anm. d. A.), der „Donauschwäbische Familienabend" mit über 800 Besuchern im Salzburger Stieglkeller unter der Gesamtleitung von Lehrer Appelshoffer und die Weihnachtsfeier 1949 der Donauschwäbischen Jugendgemeinschaft in Salzburg, im Hotel Europe.

Von Zufriedenheit, geschweige denn Zuversicht der noch nicht eingebürgerten Volksdeutschen und damit praktisch allen Bergheimer Lagerbewohnern, konnte dennoch keine Rede sein. Während die Repatriierung der fremdsprachigen Personen in deren Heimatländer schon zügig fortgeschritten war, sah die Situation für die Volksdeutschen ganz anders aus. Im Gegensatz zu Deutschland, wo man

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

faktisch von einer Gleichstellung der deutschsprachigen Vertriebenen mit den Alteingesessenen sprechen konnte, waren die nicht eingebürgerten Volksdeutschen in Österreich nur geduldet, galten noch dazu als Staatenlose, mit allen damit verbundenen Auflagen und Restriktionen hinsichtlich arbeitsrechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher, ja sogar sportlicher Gleichstellung.

Ohne Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage schwankten die noch nicht Eingebürgerten zwischen bleiben oder weg zu gehen aus einem Land, wo sie das Gefühl hatten, nicht erwünscht zu sein. Und dafür hatte der Großteil von ihnen nur Deutschland und hier die deutsche Westzone als Ziel im Auge. Doch gerade dahin, wohin sie wollten und nach Vorstellung des Alliierten Rates auch sollten, durften sie nicht, da die Lager in der deutschen Westzone total überfüllt und der Zuzug verboten war. Die Verzweiflung gerade der Donauschwaben über ihre ungewisse Zukunft in Österreich war so groß, dass manche von ihnen sogar an eine Rückkehr nach Jugoslawien dachten. (Über die ununterbrochenen illegalen Zuwanderungen aus der deutschen Sowjetzone, aus Südosteuropa und Österreich informierte Bayerns Innenministerium die zuständigen österreichischen Stellen: *Hier bereitet sich ein Chaos vor, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann).*[109]

Das „Neuland" geht in seiner Ausgabe Nr. 37/1949 auf die Unterschiede in der Behandlung der Volksdeutschen in Deutschland und Österreich, sowie die Risken einer illegale Einreise nach Deutschland ein und schreibt dann weiter: *Schon aus dieser kurz skizzierten Darstellung der tatsächlichen Lage geht hervor, dass die Existenz und die Zukunft der heimatvertriebenen Volksdeutschen in Österreich nach so langen Jahren immer noch ungewiss ist. Ist es unter diesen Umständen verwunderlich, dass viele Volksdeutsche zu dem Entschluss kommen, lieber dieses Land zu verlassen, als weiter in Bedrängnis und Ungewissheit die besten Jahre der Schaffenskraft und des Lebens unnütz zu vertun? Es erscheint vielmehr menschlich verständlich, dass viele lieber die Folgen eines illegalen Grenzübertrittes auf sich nehmen, als weiter in Not, Verzweiflung und Aussichtlosigkeit zu leben.*[110]

Auslöser der Fluchtbewegung aus Österreich war eine Äußerung des österreichischen Innenministers Helmer, der in einem Interview mit einer amerikanischen Zeitung von den Schwierigkeiten sprach, die die Gruppe der Volksdeutschen verursacht. Er gestand zwar einem großen Teil zu, dass sie tatsächlich arbeitsam wären *aber der österreichische Arbeiter wird durch die Anwesenheit dieser DP's bedroht und das Inlandarbeiterschutzgesetz, dass mit Sicherheit zu erwarten ist, wird darauf Rücksicht nehmen. Österreich kann nur einen Bruchteil in den österreichischen Staatsverband aufnehmen. Für den weitaus größeren Rest verlangen wir den baldigsten Abtransport und zwar in Familiengruppen, da Österreich beim besten Willen kein Altersasyl werden kann.*[111] Innenminister Helmer schwächte seine Aussagen zwar später etwas ab, aber die Worte waren nun einmal gesprochen und dass Misstrauen den Volkdeutschen nicht mehr zu nehmen. *Für viele die das damals miterlebt haben, hier bei uns im Lager Bergheim, waren die Äußerungen dieses Ministers ein Schock. Erst so kurze Zeit hier, die Schrecken der Internierungslager noch nicht überwunden, sollten sie jetzt schon wieder weg müssen. Es hat Fälle gegeben, wo alte Leute vor Angst an der österreichisch-bayrischen Grenze zusammengebrochen sind.*[112]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Für den illegalen Grenzübertritt nach Deutschland wurden dabei zwei Möglichkeiten gegeneinander abgewogen. Der weniger gefährliche, aber besser bewachte Weg führte über Bayrisch-Gmain; wesentlich gefährlicher, dafür aber weniger streng bewacht war das Überqueren der Saalacheinmündung in die Salzach, am Saalach-Spitz. Nicht nur aus Salzburger Lagern versuchten Volksdeutsche den illegalen Grenzübertritt nach Bayern, sondern verstärkt auch aus dem oberösterreichischen Raum und die deutschen Grenzorgane waren oftmals überrascht von der Hartnäckigkeit, mit der gestellte und wieder nach Österreich zurückgewiesene Menschen, wieder und wieder versuchten, nach Deutschland zu gelangen: *..593 Volksdeutsche zwischen Bayrisch-Gmain und Schwarzbach zurück gewiesen. Sie hatten vorher drei Nebelnächte in den Wäldern verbracht.*[113]

Beim zweiten Weg stellte die Strömung der Saalach, auch bei Niedrigwasser, ein oft unüberwindbares Hindernis dar und wurde zudem auch häufig unterschätzt.[114] Die Saalach mit ihren Schotterbänken war aber auch Treffpunkt um Nachrichten mit Freunden und Verwandten auf der deutschen Seite des Flusses auszutauschen. Versuchsweise wurde zuerst ein Stein an das jeweils andere Ufer geworfen. Gelang der Wurf, wurde die Nachricht – ein um einen Stein gewickeltes und mit einer Mitteilung versehenes Blatt Papier – über den Fluss zum Empfänger geschleudert.

Fürsorgeleistungen

Zum Jahresende 1947 und Anfang des Jahres 1948 mangelte es den 418 Menschen im Lager Bergheim praktisch an allem und dementsprechend froh waren sie auch über jede Art von Spenden und Unterstützung. Ob es sich um Stroh von der Pfarre Bergheim handelte, der Spende von einigen Kilo Suppenpulver für die Lagerküche von der Katholischen Flüchtlingsorganisation (über Qualität, Geschmack und Wahrnehmungen musste der Landesstelle für Umsiedlung berichtet werden), eine Kleiderspende der Caritas, oder den Erhalt von 59 Bezugsscheinen des Städtischen Wirtschaftsamtes für den Bezug diverser Kleidungsstücke inklusive 80cm Stoff und einer Spule Zwirn – es wurde einfach alles benötigt und auch dankbar angenommen. (Ausgefolgt wurden zwar 60 Bezugsscheine, der Schein für einen Knabenanzug aber nie eingelöst. Und um möglichste viele Personen beteilen zu können, wurden Stoff und Zwirn nicht etwa an eine weibliche Person, sondern an zwei männliche Lagerinsassen abgegeben.)

Die gemeinsamen Veranstaltungen mit Donauschwaben aus anderen Salzburger Lagern dienten nicht nur der Geselligkeit. Sie wurden auch genutzt um den Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft, kirchlichen Würdenträgern und hochrangigen amerikanischen Offizieren Schicksal und Anliegen der Flüchtlinge zu erläutern und näher zu bringen. Lehrer Appelshoffer über die Auswirkungen des „Donauschwäbischen Heimatabends" auf das Lager Bergheim: *Eine Abordnung von Generalsfrauen besuchten das Lager und die Schule. Einige Tage später fuhren zwei amerikanische Militärlastwagen im Lager vor und luden in der Schule Kleider und Schuhe ab. Dann, wieder einige Tage später, sorgten die Amerikaner für eine Art Schulausspeisung und brachten sogar zwei Kisten Blockschokolade für die Schulkinder*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

mit.[115] Auch das erste öffentliche Auftreten der donauschwäbischen Jugend im Hotel Europe, am 23. 12. 1949 erbrachte einiges an Spenden. *Die Jugend bedankte sich für den Besuch, auch aus heimischen Kreisen, für die hochherzigen Spenden, die auf Anregung des Chefredakteurs der ‚Salzburger Nachrichten' A. Canaval so reichlich geflossen sind und die viele Heimatlose das Gefühl der Geborgenheit und der Nächstenliebe erleben ließen.*[116]

Ähnliches, wie Lehrer Appelshoffer, gelang dem Kantinenbetreiber. Er hatte gute Kontakte zu einem amerikanischen Militärkaplan und auf dessen Vermittlung hin spendeten amerikanische Soldaten sowie deren Angehörige und Freunde Lebensmittelpakete, Kleidungsstücke und Spielsachen. *Die Spenden waren so reichlich, dass jeder Barackenbewohner, vom Kleinkind bis zum Ältesten, bedacht werden konnte.*[117]

Unterstützung besonderer Art kam von der Organisation „Worlds YMCA Work for Displaced Persons" Das BMI beschreibt deren Tätigkeit folgendermaßen*: Die Organisation ist seit der Befreiung Österreichs in der geistigen Fürsorge tätig. In den drei Zonen der Westmächte wurden Lesehallen, Ausbildungskurse, Kinderlager und dergleichen errichtet, um ihre Pfleglinge geistig und moralisch zu stärken und für die künftige Ansiedlung in anderen Ländern vorzubereiten.*[118] Die von der Organisation veranstalteten Sommerlager (z.B. in Winklern im Mölltal, im Salzkammergut, in Saalbach und St. Jakob am Thurn) waren für die Bergheimer Lagerkinder jedes Jahr ein Erlebnis der besonderen Art. Der Transport erfolgte mit Lastkraftwägen der IRO, der amerikanischen Armee, später wurde dann auch ein LKW der LfU zur Verfügung gestellt.

Was für die Schulkinder immer eine herbeigesehnte Abwechslung war, wurde von deren Müttern mit leichtem Argwohn betrachtet. YMCA und YWCA galten zwar als überkonfessionell, aber die Mütter waren trotzdem auf Vorsicht bedacht. Diese Vorsicht war nicht unbegründet, gab es doch fast täglich eine Art Religionsunterricht, aber noch viel mehr standen Sport und Spiel im Vordergrund. Zudem stand die Teilnahme am „Religionsunterricht" jedem Kind frei und eine Nichtteilnahme wurde auch ohne bohrende Hinterfragung der Gründe akzeptiert. Die Spenden der Caritas für die Lagerbewohner reichten von finanziellen Zuwendungen über Kleiderspenden bis zu Lebensmittelzubußen. Vom Siedlungsrat mussten die in Frage kommenden Empfänger der Pfarre Bergheim schriftlich, versehen mit entsprechenden Begründungen, bekannt gegeben werden. Bedacht wurden Alte, Erwerbsunfähige, Kinderreiche und Witwen.

Schulwesen und Kindergarten

Die Initiative zur Errichtung eines Kindergartens ging vom katholischen Flüchtlingsseelsorger Prof. Pater Stefan aus, die Verpflegung der Kinder wurde ausnahmsweise von der UNRRA übernommen. Erste Betreuerin war Maria Schulz. Sie war Krankenschwester und musste aufgrund dieser Tätigkeit *auf besonderen Wunsch des Herrn Dr. Finger,*wie es Pater Stefan in seinem Schreiben vom 12. 2. 1948 an Frl. Schulz formulierte, mit 15. 2. 1948 die Leitung des

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Kindergartens abgeben. In ihre Betreuungszeit fallen das Abhalten eines Kindermaskenballs und, obwohl jetzt nicht mehr für den Kindergarten zuständig, die Gestaltung der Muttertagsfeier im Mai 1948. Der Gemeinschaftsraum war mit einem Muttertagsspruch, gebastelt aus den Blüten der im Lager stehenden Rotdornsträucher, geschmückt. Die Kinder sagten Gedichte auf und überreichten ihren Müttern selbst gepflückte Wiesenblumen.

Nach dem Abgang von Frl. Schulz wurden die Kinder vorübergehend von Frau Appelshoffer, der Gattin des Volksschullehrers, betreut. Im April 1948 wurde in den Kindergarten eingebrochen und von der UNRRA angelieferte Lebensmittel gestohlen, die Suche nach den Tätern verlief ergebnislos. Georg März, damals Lagerpolizist, erwähnt einen weiteren Diebstahl vom Jänner 1949. Diesmal aber konnten die drei namentlich von ihm genannten Fleischdiebe verhaftet werden.[119]

Im Juli, während einer Lagerbegehung, visitierte das Gesundheitsamt den Lagerkindergarten. Bemängelt wurde die geringe Raumgröße – für die 30 eingeschriebenen Kinder stand lediglich ein Raum im Ausmaß von 5 x 4 Meter zur Verfügung. Auch dass die Zubereitung der Speisen für die Kinder in der Küche der Betreuerin (die in einer anderen Baracke wohnte) erfolgte, wurde mit leicht kritischem Unterton vermerkt.[120] Nach dem Abgang von Frau Appelshoffer waren die Lagerkinder bis 11. 7. 1950 unter der Obhut der aus dem Rosittenlager kommenden Katherina Konrad-Gold, von den Kindern „Tante Käthe" gerufen, dann erfolgte die Betreuung durch die Caritas. Der Lagerkindergarten wurde Ende Juni/Anfang Juli 1952 geschlossen. Die Raumknappheit der Volksschule in Bergheim machte es unmöglich, die schulpflichtigen Kinder aus den beiden Bergheimer Lagern aufzunehmen. Lehrer Appelshoffers – er war für die schulische Betreuung der Kinder im Lager Bergheim vorgesehen – erste Aufgabe war daher eine Personenbestandsaufnahme der schulpflichtigen Lagerkinder mit anschließendem Aufbau der Lagerschule.

Am 27. 10. 1947 vermerkt die Schulchronik der Volksschule Bergheim dazu: *Im ehemaligen RAD-Barackenlager wurde eine Lagerschule für Flüchtlingskinder eröffnet. Lehrkräfte für die I. Klasse (1. u. 2. Schulstufe) sind Lehrerin Anna Schwager geb. 11. 6. 1913 und für die II. Klasse (3.-5. Schulstufe) Lehrer Josef Appelshoffer, geb. am 14. 3. 1920. Der Schülerstand beträgt in der I. Klasse 37 Schüler, in der II. Klasse 24 Schüler.* In der Lagerschule zusammengefasst waren die Jahrgänge 1934 bis 1941. Die Jahrgänge 1934 bis 1939 bildeten die „Oberstufe", geleitet von Appelshoffer, den Unterricht in der „Unterstufe" übernahm vorerst Anna Schwager, dann nach deren Pensionierung Frau Fernbach. Appelshoffers gute Kontakte zu seinen österreichischen Kollegen, insbesondere zum Bergheimer Schulleiter, Oberlehrer Gorbach, erleichterten ihm die Beschaffung der für den Unterricht benötigten Lehrmittel (vor allem Landkarten) und der Einrichtungsgegenstände, wie Schulbänke, Lehrerpult und Podium. *Die waren,* schreibt Appelshoffer an den Autor, *vielleicht auch froh, die alten Stücke loszuwerden.*[121] Im Schuljahr 1948/1949 besuchten 67 Kinder (34 Mädchen und 33 Buben)[122] die Lagerschule, das waren etwas mehr als 37 Prozent der 8-stufigen Volksschule in Bergheim.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 11: Käthe Gold mit ihren Schützlingen 1948. (Privatbesitz J. März)

Abb. 12: Maskenball der Lagerkinder 1950. (Privatbesitz J.März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 13: „Besuch" von Krampus (Lagerleiter) und Nikolo (Lehrer Appelshoffer) im Lager Bergheim. (Privatbesitz J. Appelshoffer)

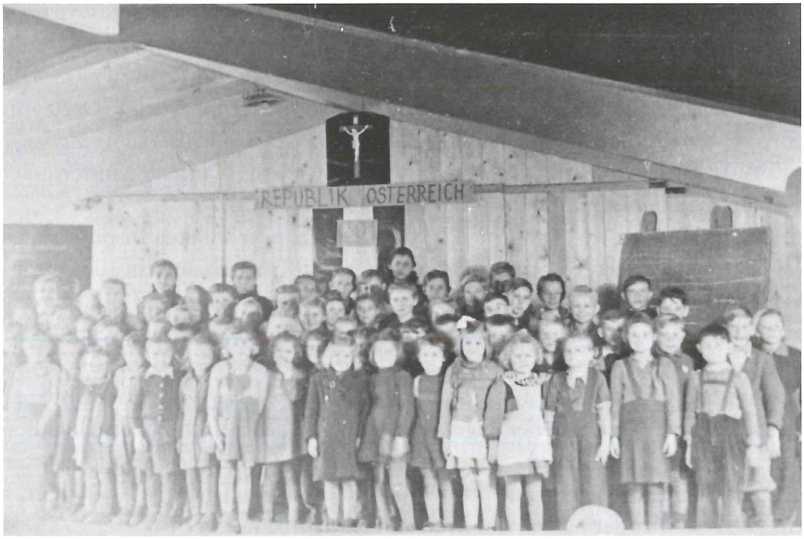


Abb. 14: Feier „30 Jahre Republik Österreich" in der Bergheimer Lagerschule. (Privatbesitz M. Schenko)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

In welch miserablem Zustand die Lagerschule im Lager Bergheim im Spätherbst 1948 war, geht aus einem Schreiben hervor, welches Schulleiter Gorbach und Lehrer Appelshoffer gemeinsam verfassten und an die Landesstelle für *Umsiedlung richteten: Im Hinblick auf die kalte Jahreszeit baten sie um Anbringung von Doppelfenstern (oder Bereitstellung eines 2. Ofens)*

Bereitstellung von Fußbodenöl, weil der Boden ausgetrocknet ist

Anbringung eines Vordaches am Eingang der Schule und zur Verfügungstellung eines eisernen Fußabstreifers und

Bereitstellung von genügend Kohle und dem Hinweis, *dass die Gemeinde Bergheim bereits fünf Raummeter Holz zur Verfügung gestellt hat.*[123]

Am Ende des Schuljahres 1948/1949 wurden 11 Mädchen und 5 Buben der Bergheimer Lagerschule aus der Schulpflicht entlassen, die Schüleranzahl für das Schuljahr 1949/1950 sank auf 62 Schüler (33 Mädchen und 29 Buben), was aber immer noch einen Anteil von 35 Prozent der Schüleranzahl der Bergheimer Volksschule bedeutete.[124]

Anzahl Schüler

Schuljahr	VS-Bergheim125	LS-Bergheim	in Prozent
1947/48	178	61	34,2
1948/49	180	67	37,2
1949/50	177	62	35,0

Auf die Leistungen seiner Schülerinnen und Schüler war Appelshoffer stolz, denn *immer wieder wurde bestätigt, dass unsere Kinder gute und brave Schüler waren.*[126] Das Bemühen der Lehrkräfte um die Aus- und Weiterbildung der Lagerkinder würdigte Peter März so: *Beinahe drei Jahre hörte man durch die Bretterwand* (gemeint ist der Kantinenraum), *mit wie viel Umsicht, Geduld und viel Selbstbeherrschung diese Lehrkräfte den Unterricht bewältigten um den Kindern pädagogisch in Wort und Schrift den Nachholbedarf in Deutsch zu vermitteln.*[127] (Dazu muss bemerkt werden, dass unter den älteren Schülern auch solche waren, die wegen ihres Aufenthalts in jugoslawischen Kinderheimen ihre deutsche Muttersprache gar nicht mehr, oder nur noch mangelhaft beherrschten).

Auch die LfU sparte nicht mit Lob. Bei einer unangemeldeten Inspizierung im Mai 1948 wurde Lehrer Appelshoffer inmitten der Kinder beim Einstudieren von Gedichten und Liedern für die Muttertagsfeier angetroffen. *Es fiel auf, mit welch besonderer Anhänglichkeit die Kinder dem noch jungen Lehrer zugetan sind. Seit der Tätigkeit Appelshoffer's als Lehrer im Lager Bergheim haben die Klagen der Anrainer über verursachte Flur- und Wald- und andere Schäden durch die Flüchtlingskinder aufgehört.*[128] Die Kontakte der Lagerschüler zu den Schülern der Ortschule Bergheim hielten sich in Grenzen. Nachweislich wird in der Bergheimer Schulchronik über den Jugendschutztag mit über 900 Besuchern im Jahr 1949 berichtet, an dem auch Schüler der beiden Lagerschulen teilnahmen.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

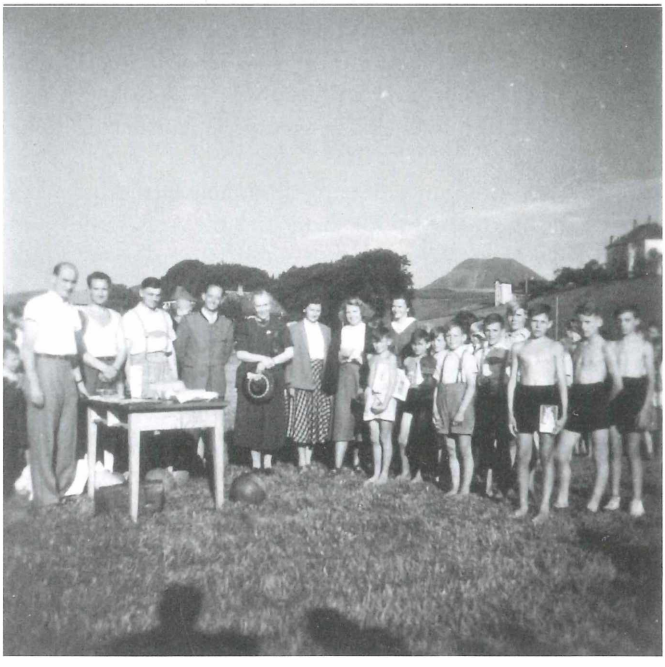


Abb. 15: Sportlicher Wettkampf anlässlich des Jugendschutztages am 26. 6. 1949 (Privatbesitz J. März)

Denkbar ist auch die Teilnahme von Lagerschülern an der von der amerikanischen Militärregierung angeordneten Durchführung der Weihnachtsfeiern 1947 und 1948 im Gasthof Gmachl: *Die Kinder erhielten eine gute Jause mit Geschenkpäckchen. Im offiziellen Teil der Feier wurden Gedichte, Weihnachtslieder und ein Hirtenspiel vorgetragen bzw. aufgeführt.*[129] Aufgrund einer Verfügung des zuständigen Ministeriums vom 1. Jänner 1950 wurden mit Ende des Schuljahres sämtliche volksdeutschen Lagerschulen aufgelöst und angeordnet, dass die Schüler die öffentlichen Schulen ihres Wohnortes zu besuchen haben.

Das „Neuland" nahm zur Auflösung der Lagerschulen, die mit einem fiskalischen Argument (Einsparung von Personalkosten) begründet wurde, eine kritische Haltung ein. *Wir geben zu: Die volksdeutschen Lagerschulen wurden von Österreich finanziert. Aber die Volksdeutschen haben auch ihre Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben gewissenhaft entrichtet. Wenn aus den Millionen volksdeutscher Steuergelder einige Hunderttausend Schilling für selbst geleitete Lagerschulen abgezweigt wurden, so haben sie* (die Volksdeutschen) *nicht mehr zurück erhalten, als auch jeder Österreicher zurück vergütet bekommt, der seine Kinder in die Ortsschule schickt.*[130] Peter März sieht in der Entlassung der Lehrkräfte auch ein Problem, *das zur Stellungnahme herausfordert,* meint aber auch *andererseitswar die Auflösung*

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

der Lagerschulen für die Integration der Kinder sicher der bessere Weg.[131] Nicht alle Lehrkräfte wurden entlassen. Appelshoffer konnte seine Unterrichtstätigkeit an der Volksschule Bergheim fortsetzen, Lehrer Schütz aus Maria-Sorg wechselte nach Michaelbeuern. Zudem erlangten bereits im Feber 1950 die Lagerlehrkräfte Appelshoffer, Fernbach, Schütz und Wildmann die österreichische Staatsbürgerschaft und die Bergheimer Schulleitung gratulierte laut Schulchronik herzlich dazu.

Religionsunterricht der zum größten Teil katholischen Kinder erteilte Hw. H. J. Hornung. Im April 1948 wurde dann auch die Anfrage des evangelischen Pfarramtes *um Abhaltungeines evangelischen Gottesdienstes im Lager Bergheim durch den Prediger Sehne* (Philipp Sehne aus dem Lager Maria-Sorg Anm. d. A.) von der LfU positiv beantwortet. [132]

Gemeinschaftsverpflegung

Ab 12. September 1947 bestand für die Lagerbewohner die Möglichkeit, an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen. Aus Rentabilitätsgründen war eine Verpflegungsstärke von mindestens 30 Personen vorgeschrieben. Für die Teilnahme galten strenge Richtlinien, wie zum Beispiel die verpflichtende Teilnahme an einer Lebensmittelperiode, das war ein Monat, rechtzeitige Abgabe der Arbeitsbestätigung und Vorauszahlung des Verpflegungsgeldes für mindestens eine Woche. Die erforderlichen Lebensmittelbezugsscheine waren durch den Unterkunftsleiter beim Ernährungsamt zu beschaffen, der Koch hatte die erhaltenen Lebensmittel zu quittieren. Die Ausgabe der Verpflegung konnte nur gegen Vorlage der entsprechenden Esskarten erfolgen – *ohne Esskarte keine Verpflegung* hieß es dazu in der Anweisung.[133]

Ein Küchenwirtschaftsführer, dem vier weitere Mitarbeiter (Köche und Küchenhelfer) unterstanden, war für den reibungslosen Ablauf des Küchenbetriebes verantwortlich. Beschwerden über mangelnde Güte oder zu geringe Zuteilungsmengen hat es im Lager Bergheim, im Gegensatz zu anderen Lagern, nicht gegeben. (Aus dem Lager Puch etwa sind Beschwerden aktenkundig, dass es 24 Tage nur Krautsuppe gegeben haben soll und das Brot ungenießbar wäre.)[134] Auf der Suche nach Einsparungen wurde im Feber 1948 seitens der LfU überlegt, mit dem noch aus RAD-Zeiten vorhandenen fahrbaren Ofen einer Feldbäckerei Brot zu backen. Die Probebackung (es wurden 20kg Mehl verarbeitet und daraus 32kg Brote zu 1kg erzeugt) ergab *dass dieses Brot im Geschmack besser ist, als die Broterzeugnisse der in Salzburg etablierten Bäcker.*[135] Die LfU kalkulierte mit der Abgabe von insgesamt 2.400 kg Brot pro Monat für die 400 Lagerinsassen. Bei einem eingehobenen Brotpreis von öS 1,06 für ein Kilogramm Brot und unter Berücksichtigung aller Ausgaben für das Rohmaterial – *Personalkosten würden keine anfallen, da das Personal ohnehin vorhanden ist* – wurde so eine Einsparung von immerhin öS 1.176,-- im Monat errechnet. *Die Einsparung wäre noch höher,* so die Landesstelle weiter, *würde Weißbrot anstatt Schwarzbrot gebacken werden.*[136]

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 16: Schulausflug der Unterstufe nach Hellbrunn. (Privatbesitz J. März)

Abb. 17: Lehrer Appelshoffer mit der 3., 4. und 5. Schulstufe im Schuljahr 1948/1949. (Privatbesitz J. März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 18: Schulausflug der Lagerkinder in die Eisriesenwelt. (Privatbesitz J. März)

Amt der Landesregierung Salzburg
-Landesstelle für Umsiedlung -
Unterkunftstelle Nr.

Q U I T T U N G
über erhaltene L e b e n s m i t t e l

Am . . . . . 1947 hat der Koch für die Gemeinschaftsverpflegung von

. . . . Normalverbrauchern,
. . . . Jugendlichen,
. . . . Kindern,
. . . . Kleinkindern und
. . . . Kleinstkindern

die nachgenannten Lebensmittel empfangen:

	R-Brot		Butter		Fleisch
	W-Brot		Schweinefett		Konserven
	Mehl		Kunstfett		Zucker
	Maismehl		Wurst		Kaffe
	Maisgries		Käse		Kartoffel
	Hülsenfrüchte		Eier		Essig

Abb. 19: Formular für Lebensmittelanforderung. (Privatbesitz J.März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Abb. 20: Lagerkoch Johann G. (im Vordergrund) – dessen Broterzeugnisse lt. LfU „besser waren, als das der in Salzburg etablierten Bäcker". (Privatbesitz J. März)

Obwohl also alles für die Eigenerzeugung von Brot sprach, wurde das Projekt fallengelassen, was insofern leicht erklärbar ist, als

a) der Trend der Lagerbewohner zur Selbstversorgung und damit die Nichtteilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung unübersehbar war und

b) "die in Salzburg etablierten" Bäcker sicher gegen die Eigenherstellung Einspruch erhoben hätten. Der Feldbackofen wurde am 10. 12. 1948 an eine Oberalmer Fleisch- und Konservenfabrik um 800,-- Schilling veräußert.[137]

Nahversorgung

Eine bescheidene Versorgung der Lagerbewohner mit den Gütern des täglichen Bedarfs war gegeben, als Peter März im Juni 1948 die entsprechende Bewilligung „zur Führung einer gewerblichen Betätigung", nämlich zur Führung der Lagerkantine, erhielt.[138] Neben dem Verabreichen von *zubereiteten Speisen jeder Art,* dem *Ausschank von kalten und warmen Getränken* erlaubte ihm die Bewilligung des Stadtmagistrats Salzburg auch den *Verkauf von Brot über die Gasse,* wobei der Verkauf aber nur an Lagerinsassen gestattet war. Im August 1949 wurde völlig überraschend und ohne Angabe von Gründen der Passus „Brotverkauf über die Gasse" durch die Formulierung „Brotverkauf *nicht* über die Gasse" abgeändert.[139] Zufall oder nicht, fast zeitgleich eröffnete die „Allgemeine Wirtschaftsgemeinschaft für V. D. Lager in Salzburg, Oskar B." einen Lebensmittelladen im Lager Bergheim. Mit dem Bergheimer Standort verfügte die Wirtschaftsgemeinschaft nun über vier Läden: im Hotel de l' Europe, sowie in den Lagern Parsch und Puch.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Bergheimer Lagerbewohner reagierten auf ihre Weise, indem sie das Geschäft der Wirtschaftsgemeinschaft einfach boykottierten. Die benötigten Lebensmittel kauften sie lieber in der Stadt Salzburg oder in der Ortschaft Bergheim. Der Boykott ging soweit, dass Neuankömmlinge, die im Laden der Wirtschaftsgemeinschaft einkauften, von den „Alteingesessenen" gemaßregelt und aufgefordert wurden, diese Einkäufe zu unterlassen. Über die Vorgangsweise der LfU schreibt der Hauptbetroffene: *Die mündliche Vorsprache war ergebnislos. Die betroffenen Menschen waren sehr, sehr enttäuscht, da sie durch diese Maßnahme gezwungen wurden, dort einzukaufen, wo sie eigentlich nicht wollten. Schlussendlich waren noch alle über das Amt für Umsiedlung enttäuscht, da durch die gesetzte Maßnahme weder die Betreuungspflicht, noch die Menschlichkeit wahrgenommen wurde.*[140]

Der Siedlungsbeirat sah sich aufgrund der unguten Situation daher zu einer Stellungnahme an die Zentralberatungsstelle für Volksdeutsche in Salzburg verpflichtet. Darin wurde angeführt *dass weder der Betreiber des neuen Geschäftes noch irgend ein Glied seiner Familie in irgendeiner Weise den Interessen der Siedlung oder deren Insassen diente, sondern durch Verleumdungen und falsche Anzeigen dieser Siedlung schaden wollte, und nun aber vom Geld derselben leben will.* Der Siedlungsbeirat kritisierte auch *dass alle Artikel, die der neue Laden führt von März nicht mehr verkauft werden dürfen* und wollte außerdem wissen *ob es den sozialen Grundsätzen entspricht, wenn solch unsozialen Geschehnisse geduldet und gebilligt werden, wenn also jemand um seinen Umsatz zu steigern einen anderen rücksichtslos ruiniert. Entweder ist diese zugelassene Konkurrenz unsozial, oder man gebe allen Flüchtlingen das Konkurrenzrecht in ihren Berufen und Fächern.*[141]

Brief und Boykott zeigten Wirkung, die Wirtschaftsgemeinschaft verpachtete das Geschäft bereits wieder im September 1949 an Peter März, allerdings zum horrenden Pachtbetrag von öS 500,-- im Monat. Im Februar 1950 machte der Pächter in einer Sachverhaltsdarstellung die LfU auf diese unbefriedigende und für ihn finanziell nicht mehr verkraftbare Situation aufmerksam und bat, eine für ihn tragbare Lösung zu finden, bzw. ihm die Führung des Lebensmittelgeschäftes in Eigenregie zu überlassen und ihn von der (mündlich) mit der Wirtschaftsgemeinschaft eingegangen Verpflichtung zu entbinden.[142] Auf Intervention der LfU wurde der Pachtbetrag nun auf öS 350,-- und Monat reduziert und dem Pächter auch die immer wieder von ihm geforderte schriftliche Vereinbarung ausgehändigt.[143] Dem Ladenbetreiber musste es geradezu als Hohn vorkommen, dass ihm ausgerechnet die Jahre der Bevormundung und Knebelung durch LfU und Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Art Genugtuung verhelfen würden. Wurde ihm noch von der Bergheimer Gemeindevertretung sein Ansuchen um Führung einer Gemischtwarenhandlung mit der Begründung der *Betriebsvermehrung in Bergheim* abgelehnt, so entschied die Bezirkshauptmannschaft zu seinen Gunsten. Acht Monate nach seinem Ansuchen, wurde ihm am 7 5. 1953 der so heiß ersehnte Gewerbeschein zur Führung des Gewerbes „Einzelhandel mit Gemischtwaren" (inklusive der Milchausgabe) überreicht.

Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.

7 11 1949

An den

Bürgermeister der Landeshauptstadt Salzburg
Ernährungsamt B

Ich (wir) beantrage(n) Bezugscheine über nachstehende Waren, für welche ich (wir) Bezugsmarker (Bestellscheine) zur Ablieferung bringe (n) u. z. w.

Anzahl der Umschläge	Anzahl der Anweisungen	Inhalt Stück	Inhalt a g	Einzel-Gewicht	Gesamt-Gewicht	Warenart	Anmerkung
	Cou	126	1200	151·20		Fett	
	"	34	600	20·40			
		[illegible]	320	9·60			
		12	800	9·60			
		39	200	7·80			
		15	400	6·–			
		13	100	1·30			
	"	4	300	1·20			
					217·10		
						Zucker	
1	Cou	122	1250	226·56		Zucker	
	"	46	640	29·44			
		5	700	3·50			
	"	6	400	2·40			
					261·90		
	Cou	174	180	17·40		Futter	
		14	250	16·–			
		3	500	1·–			
		19	-50	-95			
		3	125	-37	35·72		

Abb. 26: Beantragung von Bezugsscheinen. (Privatbesitz J. März)

Ernährungsamt

te Zuteilungsperiode

№ 099372

Bezug-**Schein B** Zweitschrift

für die Zeit vom ..... bis .....

(Firma, Name) (Ort) (Straße)

ist auf Grund der erbrachten vorschriftsmäßigen Unterlagen berechtigt, gegen Vorlage dieses Bezugscheines

T H Z E kg St. Lt. ..... gr

(in Buchstaben)

Ware

im Rahmen der geltenden Bewirtschaftungs- und Verteilungsbestimmungen zu beziehen. Dieser Bezugschein ist nicht übertragbar. Er verliert mit Ablauf des genannten Zeitabschnittes, also am ..... seine Gültigkeit.

(Datum)

(Unterschrift)

Datum

№ 099372

Bezugschein auf

übernommen:
Großhändler: .....

Unterschrift:

Abb. 27: Dazu korrespondierender Bezugsschein über 261,90kg Zucker. (Privatbesitz J. März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

Die Bezirkshauptmannschaft machte von der *Nachsicht vom Erfordernis des großen kaufmännischen Befähigungsnachweises* Gebrauch und befand weiter: *Da der Einschreiter das im Lager Bergheim seit 1949 bestehende Geschäftauf Grund des angemeldeten Gewerbes weiterführt, so tritt eine Betriebsvermehrung in der Gemeinde Bergheim nicht ein und von den 3 in der Gemeinde Bergheim bestehenden einschlägigen Betrieben nur die Betreiberin eines Betriebes den Befähigungsnachweis voll erbracht hat und somit bei Beurteilung der Wirtschaftslage zu berücksichtigen ist.*[144]

In den Nachkriegsjahren gab es in der Ortschaft Bergheim zehn Milchabgabestellen (sieben Bauern, das Pfarramt Bergheim und zwei „öffentliche"). Die dem Lager Bergheim am nächsten gelegene „öffentliche" Milchabgabestelle, die der Maria Jud, war in einer Holzhütte am Rande des Lagers, Richtung der heutigen Liegenschaften Kirchfeld 1 und 37 untergebracht. Bei Ausbruch der Typhusepidemie 1950 untersagte die Gesundheitsbehörde den weiteren Milchausschank aus dieser Milchausgabestelle. Aufgrund des vehementen Protestes der Mütter wurde der Kantineur trotz Einspruchs kurzerhand mit der Milchausgabe beauftragt. Weder war ein entsprechender Raum für die Milchausgabe vorhanden, geschweige denn die Möglichkeit der notwendigen Lagerung und vor allem der Kühlung gegeben, denn an heißen Sommertagen kletterte die Raumtemperatur auf 30° und mehr – die LfU setzte sich über alle vorgebrachten Einsprüche hinweg und bestand auf der Milchausgabe.[145]

Selbstversorgung

Selbst wenn die ausgegebenen Lebensmittelkarten gereicht hätten, um den Nahrungsmittelbedarf einer Familie abzudecken, hätten die Lagerbewohner zum Mittel der Selbstversorgung gegriffen – die Haltung von Nutztieren und das Anlegen eines Gemüsegartens stellten für sie eine Selbstverständlichkeit dar. Bereits Anfang 1949 wurde mit der Errichtung von Stallungen für das Halten von Schweinen, Geflügel und Hasen begonnen. Die Errichtung dieser Stallungen, oft direkt an den Wohnraum angrenzend, war vom hygienischen Standpunkt aus betrachtet sicher nicht in Ordnung, aber ein Beitrag zur Überwindung der Versorgungsengpässe war es allemal. Auf das Halten von Nutztieren verzichteten wenige, wobei die Hühnerhaltung (46 Haushalte) gefolgt von der Schweineaufzucht (37 Haushalte) überwog. Nach Aufhebung der Typhusquarantäne im August 1950 wurde die Schweinehaltung in unmittelbarer Nähe der Unterkünfte untersagt.

Die Lagerbewohner, die aus verständlichen Gründen nicht auf die Schweineaufzucht verzichten wollten, pachteten einige Monate später von einem Bergheimer Landwirt ein stadteinwärts gelegenes Grundstück im Ausmaß von ca. 500m². In den 8 bis 30m² großen Ställen wurden von 33 Familien bis zu 50 Tiere gehalten. Obwohl die neuen Ställe in Lagernähe errichtet wurden, war bald das Aufstellen einer Nachtwache notwendig, weil Unbekannte versucht hatten eine Stalltür aufzubrechen. (Die Nachtwache erhielt je gehaltenem Tier und Monat öS 10,--und war zur Abschreckung etwaiger Einbrecher mit einem Stock und der im Gemeinschaftsbesitz befindlichen Mistgabel ausgerüstet). Unstimmigkeiten

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

führten aber bereits nach eineinhalb Jahren zur Auflösung des Pachtvertrages, die Ställe wurden abgerissen. Damit hörten aber auch Lärm und Geruchsbelästigung für die Umgebung auf.

Neben der Viehhaltung war der Anbau von Gemüse das zweite Standbein der Selbstversorgung. Bereits kurz nach Belegung des Lagers, erlaubte der Dechant von Bergheim die kostenlose Nutzung einer über 3.600m² großen Fläche nahe der Baracke fünf für den Gemüseanbau. Genutzt für die Gemüseziehung wurden aber auch die Flächen bei den Baracken 12, 14, 15 und 16 und sogar die Böschungen der Siedlung. Diesen Hang der Volksdeutschen zur Selbstversorgung erwähnt auch Ministerialrat Dr. Just anlässlich seiner in Salzburg gehaltenen Rede, in welcher er die im Vergleich zu den Gesamtlagerkosten niederen Verpflegungskosten hervorhob: *Das kommt daher, dass viele Lagerinsassen sich selbst erhalten; diese ziehen es meist vor, ihre Lebensmittel selbst zuzubereiten und haben sich inihren Wohnräumen selbst Herde aufgestellt, um nur die Illusion eines eigenen Haushaltes zu haben.*[146]

Abb. 25: Vor einem der „Gemüsegärten" im Lager Bergheim (Privatbesitz J. März)

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.a

Abb. 26: Schweineschlachtung im Lager Bergheim. (Privatbesitz J. März)

Abkürzungsverzeichnis:

AES	Archiv der Erzdiözese Salzburg
AVNOJ	Antifasisticko Vece Narodnog Oslobodjenja Jugoslavie (Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens)
BD	Budgetdebatte
BMI	Bundesministerium für Inneres
DP's	Displaced Persons (Verschleppte, versetzte Personen)
GAB	Gemeindearchiv Bergheim
IRO	International Refugee Organization (Internationale Flüchtlingsorganisation)
LS	Lagerschule
LfU	Landesstelle für Umsiedlung
Mil. Reg.	Militärregierung
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
RAD	Reichsarbeitsdienst
öS	österreichische Schilling
SHS-Staat	Kraljevina Srba, Hrvata en Slovenaca (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen)
SLA	Salzburger Landesarchiv

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

StP	Stenografisches Protokoll
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration (Hilfs- und Wiederaufbau-Verwaltung der Vereinten Nationen)
USFA	United State Forces Austria (Amerikanische Streitkräfte in Österreich)
VD	Volksdeutsche
VS	Volksschule
VDKA	Verband Donauschwäbischer Katholischer Akademiker

Anmerkungen:

1 *Olah*-Bericht an den Nationalrat 1964, in: *Adalbert Karl Gauß/Bruno Oberläuter*, Das Zweite Dach. Donauschwäbische Beiträge, hg. vom Österreichisches Flüchtlingsarchiv ÖFA, Salzburg, Bd. 72 (1979), S. 11.

2 *Erwin Machunze*, Vom Rechtlosen zum Gleichberechtigten. Die Flüchtlings- und Vertriebenenfrage im Wiener Parlament, Band 1: Die 5. Gesetzgebungsperiode (1945-1949), (Donauschwäbische Beiträge Bd. 61, hg. von der Donauschwäbische Verlagsgesellschaft), Salzburg 1974, S. 9.

3 Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 besagt sinngemäß, „dass eine Umsiedlung der in Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn verbliebenen deutschen Bevölkerung oder eines Teiles dieser Bevölkerung erfolgen muss"

4 SLA, LfU 1948, Karton 854. Siam (Thailand) war im 2. Weltkrieg Verbündeter Japans.

5 SLA, LfU (wie Anm. 4), Schreiben vom 26. 12. 1946 an Captain Novinsky-

6 SLA, BMI 72.486-12 U/47 vom 18. 6. 1947.

7 Gendarmerie-Chronik Bergheim vom 14. 6. 1946 am Polizeiposten Bergheim.

8 *Machunze*, Vom Rechtlosen(wie Anm. 2), S. 40. (BD vom 6. 12. 1946, StP. S 935).

9 *Machunze*, Vom Rechtlosen(wie Anm. 2), S. 43. (BD vom 6. 12. 1946, StP. S 939).

10 Schreiben der R. Divis, Zürich/Schweiz, vom 21. 12. (Jahreszahl aus Schreiben bzw. Poststempel nicht ersichtlich. Nach Wissensstand des Autors aus dem Jahr 1946 stammend).

11 Es gab noch eine weitere Art von Unterkünften: Erdhütten, wie zum Beispiel in Neukirchen a. d. Enknach in Oberösterreich.

12 *Brunhilde Scheuringer*, Dreißig Jahre danach: Die Eingliederung der volksdeutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Österreich (Abhandlungen zu Flüchtlingsfragen 13, hg. von der AWR) Wien 1983, S. 76 f.

13 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März.

14 *Ministerialrat Dr. Just*, Die Probleme Österreichs, in: *Scheuringer* (wie Anm. 12), S. 258 f.

15 SLA, LfU-Tätigkeitsbericht 1947, Karton 1081.

16 Beratungsprotokoll der Gemeindevertretung Bergheim vom 22. 2. 1939, Quelle: GAB

17 Schreiben Erwin Reißner, Zwiesel/Deutschland vom 2. 10. 1983 an Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März

18 *Johann Wüscht*, Beitrag zur Geschichte der Deutschen in Jugoslawien für den Zeitraum 1934 – 1944 nach amtlichen Quellen, Kehl 1966, S. 115.

19 Schulchronik der Volksschule Bergheim. NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.

20 Quelle: GAB

21 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März

22 Peter März (wie Anm. 21).

23 Der Zeitzeuge war dem Autor persönlich bekannt, eine Namensnennung wurde aber ausdrücklich untersagt. Hinsichtlich der Nichtnennung von Namen und der Namensanonymisierung gilt, dass die Namen dem Autor bekannt sind, bzw. kennt er die Personen persönlich, oder hat diese noch persönlich gekannt.

24 Wie Anm. 23.

25 Das Hotel wurde 1865 eröffnet und 1938 an die deutsche Wehrmacht verkauft. 1944 durch einen Bombentreffer beschädigt, diente es in den Nachkriegsjahren als Flüchtlingslager. Die Zentralberatungsstelle der Volksdeutschen, bestehend aus zwei Gruppen, „Nord" und „Süd", nahm sich der Probleme von Volksdeutschen an. „Nord" betreute alle Deutschen der ehemaligen Tschechoslowakei, Polens, des Baltikums und Nordrusslands, „Süd" alle übrigen Volksdeutschen.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

26 SLA, LfU 1947, Karton 409.

27 SLA, LfU 1947, Karton 157

28 Das Christliche Hilfswerk, eingerichtet bereits im Herbst 1945, wurde zur ersten Anlaufstelle in Salzburg für viele Volksdeutsche aus dem Südosten. Erster Standort des Hilfswerkes war in der Petersbrunnstraße, dann am Salzburger Hauptbahnhof – in einem „Neuland"-Artikel auch als das „goldene Herz" am Salzburger Hauptbahnhof bezeichnet. „Neuland", Nr. 10/1949, Seite 3. Privatbesitz, Nachlass Peter März.

29 SLA, Landesregierung Salzburg/Abt. VII, Zl. 491/VII-47 vom 21. 4. 1947

30 SLA, LfU 1947, Karton 1147.

31 *Ruth Medger-Hamerla/Josef Werni* (Red.), Salzburg und die Heimatvertrieben – Pater Stefan und sein Werk, Salzburg 1966,S. 77

32 SLA, LfU 1950, Karton 693 und Landesgesetzblatt Nr. 41 vom 26. 4. 1950.

33 SLA, LfU 1947, Karton 1081.

34 SLA, LfU 1947, Karton 662.

35 SLA, LfU 1947, Karton 1081.

36 SLA, LfU 1947, Karton 662, FS des Innenministeriums vom 16. 9. 1947

37 SLA, LfU 1947, Karton 693.

38 SLA, LfU 1948, Karton 693.

39 SLA, LfU 1948, Karton 693.

40 SLA, LfU 1948, Karton 693.

41 SLA, LfU 1947, Karton 693.

42 SLA, LfU 1947, Karton 693.

43 SLA, LfU 1947, Karton 693.

44 SLA, LfU 1947, Karton 693.

45 SLA, LfU 1948, Karton 693.

46 Neben der seelsorgerischen Betreuung, dem Aufbringen von Spenden in Form von Nahrung und Kleidung sollte die Ausstellung von Ersatzdokumenten in Form einer Bescheinigung /„Testimonium" (Tauf, Trauungs- und Todesbescheinigungen) bald zu einem fast noch wichtigeren Aufgabenbereich der Flüchtlingsseelsorge werden.

47 SLA, LfU 1948, Karton 2171.

48 Diese Ortschreibung entspricht der des Heimatbuches „Batschsentiwan" Weitaus gebräuchlicher war aber die Kurzform „Sentiwan"

49 Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien, hg. vom ehemaligen Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Band V., Augsburg 1994, S. 6E.

50 Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurde Hanf aus der Batschka nach England exportiert. Zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg verstärkte sich der Export nach Deutschland und England, Österreich und nach Skandinavien. Bei Kriegsausbruch 1939 wurde nur noch nach Deutschland und England exportiert. Zentrum der Hanfproduktion im Vorkriegsjugoslawien war Batschsentiwan, mit 1.300 Beschäftigen (20 Prozent der Einwohnerzahl) in der Hanfindustrie.

Josef März sen./Josef März jun./Jakob Tettmann/Carl Zirbs, Heimatbuch Batschsentiwan, hg. von der Heimatortsgemeinschaft Batschsentiwan, Heidelberg 1980, S. 294ff.

51 SHS: eigentlich „Kraljevina Srba, Hrvata en Slovenaca" = Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, im Jahr 1929 dann umbenannt in Königreich Jugoslawien.

52 Dokumentation der Vertreibung (wie Anm. 49), S. 11E.

53 AVNOJ = „Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens", gegründet am 26. 11. 1942 in der bosnischen Stadt Bihać.

54 *Bundesverband der Landsmannschaft der Donauschwaben, Arbeitskreis Dokumentation,* Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, hg. von der Donauschwäbische Kulturstiftung – Stiftung des privaten Rechts, Band IV, München/Sindelfingen 1994, S. 4.

55 *Adalbert Karl Gauß,* Kinder im Schatten, hg. vom Forschungsinstitut für Fragen der Heimatlosen, Salzburg 1950, S. 7.

56 Das Donauschwäbische Kulturzentrum in Salzburg, Friedensstraße 14, bietet eine Fülle an weiterführender Lektüre über Herkunft und Schicksal der Donauschwaben.

57 SLA, LfU 1947, Karton 693.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

58 SLA, LfU 1947, Karton 693.
59 Name dem Autor bekannt, eine Nennung aber ausdrücklich untersagt.
60 SLA, LfU 1947, Karton 693.
61 SLA, LfU 1947, Karton 693
62 SLA, Schreiben der Landesregierung Salzburg, Abt. VIII /Übergangsmaßnahmen, vom 28. 6. 1948
63 SLA, LfU 1948, Karton 693.
64 SLA, LfU 1947, Karton 693.
65 SLA, LfU 1947, Karton 693.
66 SLA, LfU 1947, Karton 693.
67 SLA, LfU 1947, Karton 693.
68 SLA, LfU 1947, Karton 693.
69 SLA, LfU 1947, Karton 693.
70 SLA, Niederschrift vom 7. 11. 1947 6375/III a, Karton 693.
71 SLA, LfU 1947, Karton 1011.
72 Gakowa: eingerichtet am 12. 3. 1945 „zur Konzentration der nicht arbeitsfähigen Deutschen aus der Mittel- und Westbatschka" Einwohner ursprünglich: 2.700/Anzahl Lagerinsassen: ständig bei 17.000/Todesfälle: 8.500 infolge Unterernährung, Ruhr, Flecktypus, Malaria, Liquidierungen/ Auflösung: Anfang Jänner 1948; Leidensweg der Deutschen (wie Anm. 54), Band III, S. 808.
73 SLA, LfU 1948, Karton 693.
74 AES, vom 28. 1. 1948, Inv.Nr. 19/16.
75 SLA, LfU 1948, Karton 1407.
76 Chronik des Gendarmeriepostens Bergheim vom 6. 3. 1948 am Polizeiposten Bergheim.
77 Beratungsprotokoll der Gemeindevertretung Bergheim vom 29. 3. 1948 im GAB.
78 SLA, LfU 1948, Karton 693.
79 SLA; LfU 1948, Karton 693.
80 Aus den Aufzeichnungen des Peter März,. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
81 SLA, LfU 1948, Karton 693.
82 SLA, LfU 1948, Karton 693.
83 Interview des Autors mit Hans Schwalm.
84 SLA, LfU 1948, Karton 693.
85 „Salzburger Nachrichten" vom 17.August 1948, S. 6.
86 SLA, LfU 1948, Karton 2034.
87 SLA, Landesregierung Reg. Salzburg, Abt. VII vom 6. 11. 1948, Zl. 4368-1948.
88 SLA, LfU 1947, Karton 693.
89 SLA, LfU 1948, Karton 2034.
90 SLA, LfU 1948, Karton 2040.
91 SLA, LfU 1948, Karton 2034.
92 SLA, LfU 1948, Karton 2040.
93 SLA, LfU 1948, Karton 2034.
94 SLA, LfU 1949, Karton 2034.
95 SLA, LfU 1949, Karton 2034.
96 SLA, LfU 1948, Karton 1646.
97 SLA, BMI 133.940-12U/48.
98 SLA, LfU 1948, Schreiben des Lagerkomitees Bergheim vom 31. 12. 1948, Karton 693.
99 „Neuland", Ausgabe 1/1949, S. 2. Privatbesitz, Nachlass Peter März. Das Wochenblatt „Neuland", 1948 (Erstausgabe am 15. 5. 1948) vom VDKA (Verband donauschwäbischer katholischer Akademiker) gegründet, verstand sich als Sprachrohr der Volksdeutschen. Das Blatt wurde von Salzburg aus in viele Staaten Europas und auch nach Übersee verschickt. Es bestand 32 Jahre und war, nach Eigendarstellung des VDKA, „der stärkste Presse-Export Österreichs" In den beiden ersten Ausgaben scheinen keine Volksdeutschen im Impressum auf, denn als verantwortlicher Redakteur und Herausgeber konnten nur österreichische Staatsbürger zeichnen.
100 SLA, Schreiben der DP-Section vom 10. 1. 1949, Karton 2034.
101 SLA, LfU 1949, Karton 2034.
102 SLA, Schreiben des USFA-Hauptquartiers vom 11. 3. 1949, Karton 2034.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

103 SLA, LfU 1949, Karton 693.
104 SLA, LfU 1949, Karton 693.
105 SLA, LfU 1949 Schreiben des Dekanatsamtes Bergheim, Karton 693.
106 SLA, LfU 1949 Niederschrift mit Andreas Z. (Name dem Autor bekannt) „zu den Angaben des Dechanten", Karton 693.
107 SLA, LfU 1949 Schreiben des Dekanatspfarramtes Bergheim, Karton 693.
108 SLA, LfU 1949, Karton 693.
109 SLA, LfU 1949, Karton 2001 – 2400.
110 „Neuland" Ausgabe Nr. 37/1949, S. 2. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
111 „Neuland", Ausgabe Nr. 13/1949, S. 13. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
112 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
113 SLA, Sicherheits-Direktion für Salzburg, 5652/49 vom 29.4.1949.
114 Noch viele Jahre später versuchten drei Ungarn, unter ihnen zwei Frauen, über die Saalach nach Deutschland zu gelangen. Die drei wurden von der Strömung erfasst, gerieten in die Salzach und wurden an das Bergheimer Ufer im Ortsteil Muntigl abgetrieben. Der Mann und eine Frau konnten sich aus dem Fluss retten, die Leiche der zweiten Frau wurde zwei Wochen später in Passau aus dem Inn geborgen. Chronik des Gendarmeriepostens Bergheim vom 8.8.1959. Quelle: Polizeiposten Bergheim.
115 Schreiben Josef Appelshoffer, Bad Sassendorf/D vom 22. 1. 1991 an den Autor.
116 „Neuland", Nr. 51/1949, Seite 7. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
117 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März..
118 SLA, LfU BMI Zl. 46.674 – 12/U vom 24. 3. 1948.
119 Schreiben des Georg März, Willowdale/Kanada vom 3. 1. 1980 an Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
120 Schreiben des Gesundheitsamtes vom 17 7. 1948 an die LfU.
121 Schreiben Josef Appelshoffer, Bad Sassendorf/D vom 22. 1. 1991 an den Autor.
122 Schulchronik der Volksschule Bergheim.
123 SLA, LfU 1948, Karton 693.
124 SLA, LfU 1948, Karton 693.
125 Ohne die Lagerschule Maria-Sorg. Quelle: Schulchronik der Volksschule Bergheim.
126 Schreiben des Josef Appelshoffer/Bad Sassendorf/D vom 22. 1. 1991 an den Autor.
127 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
128 SLA, LfU 1949, Karton 852.
129 Schulchronik der Volksschule Bergheim 1947 und 1948.
130 „Neuland" vom 1/1950, S. 1. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
131 Aus den Aufzeichnungen bzw. dem Nachlass des Peter März.
132 SLA, LfU 1948, Karton 693.
133 SLA, LfU 1947, Karton 693.
134 SLA, LfU 1949, Karton 693.
135 SLA, LfU 1948, Karton 693.
136 SLA, LfU 1948, Karton 693.
137 SLA, LfU 1949, Karton 693.
138 Bewilligung des Stadtmagistrates Salzburg vom 26.8.1949, Zl. I Bez. V-IV/48. Privatbesitz, Nachlass Peter März
139 Bewilligung des Stadtmagistrates Salzburg vom 26. 8. 1949, Zl. I Bez. V – 1v/1949. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
140 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März. Als österreichischer Staatsbürger hätte März gegen die Eröffnung des Bergheimer Standortes Protest einlegen können, als Staatenloser war ihm dieser Protest verwehrt.
141 „Stellungnahme des Siedlungsrates" vom 29. 8. 1948. Quelle: Nachlass Peter März
142 Niederschrift vom 23. 2. 1950. Aktenzahl 693-8/50. Privatbesitz, Nachlass Peter März.
143 Vereinbarung vom 14. 7. 1950, abgeschlossen zwischen der „Allgemeinen Wirtschaftsgemeinschaft für VD-Lager und Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März. (Die LfU bezeichnete die „Wirtschaftsgemeinschaft Oskar B." in einer Stellungnahme wegen häufiger Ärgernisse, als „prinzipiellen Beschwerdeführer". SLA, LfU 1949, Karton 1695.

© Gesellschaft für Salzburger Landeskunde, Salzburg, Austria; download unter www.zobodat.at

144 Bescheid der BH Salzburg-Umgebung Zl. IV/2888/4-53 vom 8. 4. 1953. Die Nachsicht von der Beibringung des großen kaufmännischen Befähigungsnachweises konnte ausnahmsweise erteilt werden, wenn statt den vorgelegten Zeugnissen, eine mindestens 10jährige kaufmännische Beschäftigung durch Zeugen schriftlich bestätigt wurde.

145 Aus den Aufzeichnungen des Peter März. Privatbesitz, Nachlass Peter März.

146 *Ministerialrat Dr. Just* (wie Anm. 14), S. 259

Ende Teil 1., Teil 2 erscheint in Band 153

Anschrift des Verfassers:
Johann März
Freyweg 11
5101 Bergheim

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Mitt(h)eilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde

Jahr/Year: 2012

Band/Volume: 152

Autor(en)/Author(s): März Johann

Artikel/Article: Das Flüchtlingslager Bergheim 1944 bis 1965 1. Teil 153-205